

Breuss, Fritz

Working Paper

Österreich, Finnland und Schweden in der EU - Wirtschaftliche Auswirkungen

WIFO Working Papers, No. 200

Provided in Cooperation with:

Austrian Institute of Economic Research (WIFO), Vienna

Suggested Citation: Breuss, Fritz (2003) : Österreich, Finnland und Schweden in der EU -
Wirtschaftliche Auswirkungen, WIFO Working Papers, No. 200, Austrian Institute of Economic
Research (WIFO), Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/128749>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



**Österreich, Finnland und Schweden
in der EU – Wirtschaftliche
Auswirkungen**

Fritz Breuss

Österreich, Finnland und Schweden in der EU – Wirtschaftliche Auswirkungen

Fritz Breuss

WIFO Working Papers, No. 200
April 2003

1. Einleitung

Mit der vierten Erweiterung wurden Finnland, Österreich und Schweden am 1. Jänner 1995 Mitglieder der Europäischen Union (EU), die damit auf 15 Mitglieder angewachsen ist. Es handelte sich bei dieser Erweiterung um ausnahmslos reiche Staaten, nachdem die EU in den beiden vorangegangenen Erweiterungen mit Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (jeweils 1986) arme Staaten aufgenommen hatte. Der Beitrittsprozess der drei Neuen hat von der Antragstellung auf EU-Mitgliedschaft (Österreich am 17.7.1989, Finnland am 18.3.1992, Schweden am 1.7.1991; Norwegen am 25.11.1992, Schweiz 20.5.1992 !) drei bis über fünf Jahre gedauert. Er fand vor dem Hintergrund welthistorisch dramatischer Umwälzungen in Osteuropa statt. Die EU war nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 intensiv mit der Ostöffnung beschäftigt und musste sich durch die zunehmende Zahl von Beitrittswünschen ehemaliger EFTA-Staaten auseinander setzen. Die Beitrittsverhandlungen mit Finnland, Österreich und Schweden (Norwegen) begannen am 1.2.1993 (5. April 1993) und fanden mit Beitrittsverträgen am 30. März 1994 ihren Abschluss. Als erstes Land spricht sich Österreich in einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994 mit 66,6% für einen Beitritt zur EU aus. Es folgten am 16. Oktober 1994 Finnland (57% Zustimmung) und am 13. November 1994 Schweden (52% Zustimmung). In Norwegen spricht sich das Volk (schon zum zweiten Mal nach 1972) gegen einen Beitritt zur EU aus (53% Ablehnung). Die feierliche Unterzeichnung der Beitrittsakte erfolgte auf der Tagung des Europäischen Rates unter der griechischen EU-Präsidentschaft auf Korfu am 24.-25. Juni 1994. Es folgte die notwendige Ratifikation der Beitrittsverträge durch die Parlamente der alten EU-Mitgliedstaaten und der drei Kandidatenländer bis Ende 1994, wobei Spanien – mit der Europäischen Kommission um Fischereirechte um Island pokernd – die Ratifikation des österreichischen Beitrittsvertrags bis zum letzten Zeitpunkt 1994 hinauszögerte.

Mit dieser Erweiterung hat die EU ihre unaufhaltsame Attraktivität neuerlich unterstrichen. Demgegenüber steht der Bedeutungsverlust des zweiten Freihandelsblocks in Europa, der EFTA. Die ehemals sieben Mitglieder umfassende EFTA schrumpfte durch den Wechsel von Finnland, Österreich und Schweden auf vier, von denen nur drei dem per 1. Jänner 1994 in Kraft getretenen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören (Island, Liechtenstein und Norwegen), nachdem sich die Schweiz in einem Referendum 1992 gegen eine Teilnahme aussprach. Die drei Neuen traten in die EU auf der Basis des Vertrages von Maastricht ein. Das bedeutete, dass der Binnenmarkt per 1.1.1993 bereits verwirklicht und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für 1999 geplant war. Finnland und Österreich sind seit Beginn

Mitglieder der WWU, während Schweden aus politischen Gründen einen Beitritt bisher verweigerte. Die nächste Herausforderung für die EU ist die für 2004 geplante sechste Erweiterung um 10 neue Länder Mittel- und Osteuropas sowie Maltas und Zyperns.

In diesem Beitrag werden die bisherigen Erfahrungen der drei Länder vorrangig auf wirtschaftlichem Gebiet untersucht. Dazu wird zunächst ein Überblick über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gegeben. Es folgt eine Diskussion über die neuen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Stellung zur WWU und zur neuen EU-Erweiterung. Sodann werden die Schwierigkeiten der Isolierung von Integrationseffekten diskutiert und abschließend werden mittels neuer Schätzungen die unterschiedlichen Integrationseffekte in den drei Ländern isoliert und quantifiziert.

2. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit dem EU-Beitritt

Drei kleine, aber reiche Mitglieder

Die vierte EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden im Jahre 1995 machte die EU reicher, da alle drei Länder – obwohl Kleinstaaten mit Einwohnerzahlen von 5 bis knapp 9 Millionen – zu den reichsten Ländern Europas zählen (siehe Tabelle 1). Ihr BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (KKP) liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Ihre Industriestruktur ist stark auf Dienstleistungen ausgerichtet. Entsprechend ihrer Kleinstaatenposition ist der Öffnungsgrad für den Außenhandel größer als im EU-Durchschnitt. Die Ausgangslage beim Eintritt in die Zollunion der EU war unterschiedlich. Finnland hatte 1994 vergleichbar hohe Industriewarenzölle wie die EU, Schweden lag um einen Prozentpunkt darunter und Österreichs Zölle waren um fünf Prozentpunkte höher. Der Eintritt in die Zollunion der EG mit einem einheitlichen Gemeinsamen Zolltarif bedeutete daher eine Anpassung Schwedens nach oben und Österreichs nach unten mit der Konsequenz, dass dadurch die Drittstaaten in Schweden leicht benachteiligt und in Österreich begünstigt wurden.

Tabelle 1: Wirtschaftsindikatoren: Finnland, Österreich und Schweden
(jeweils aktuellste Daten)

	Bevöl- kerung Mill. Pers.	BIP (Preise 1995) Mrd.USD	BIP pro Kopf KKP ¹⁾ USD	Beschäftigung ²⁾ LW Ind DL in % von gesamt			Privater Konsum pro Kopf KKP (USD)	Außenhandel Exporte Importe in % des BIP		Industrie warenzölle vor Uruguay- Runde (%)
Finnland	5.2	166.6	26400	6.5	27.8	65.7	10928	38.4	28.8	5.5
Österreich	8.1	269.8	28600	6.6	31.7	61.7	13417	32.5	35.3	10.5
Schweden	8.9	281.3	25600	2.6	25.7	71.7	10962	42.9	33.5	4.6
EU-15	376.5	9953.1	25400	4.3				13.0	12.0	5.7

1) Kaufkraftparitäten

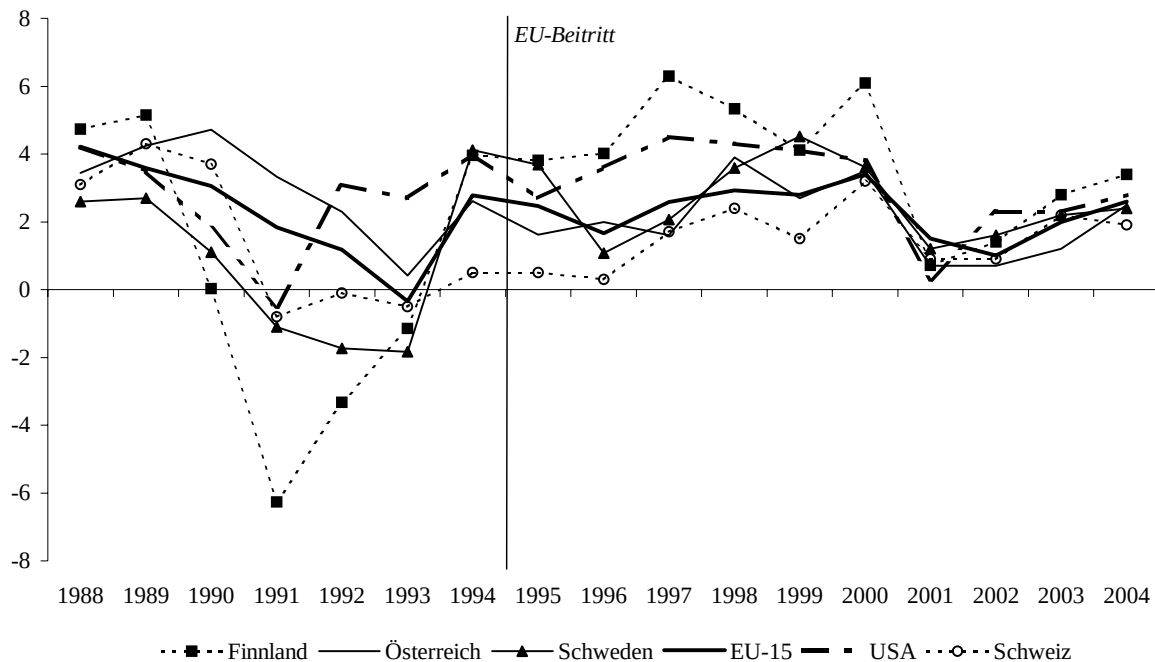
2) LW = Landwirtschaft; Ind = Industrie; DL = Dienstleistungen.

Quellen: OECD, Main Economic Indicators, August 2002; Eurostat, Wifo; GATT (1994).

Makroökonomische Indikatoren

Eine Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der drei neuen Mitgliedsstaaten der EU seit 1995 macht nur Sinn, wenn sie vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung der Weltwirtschaft und jener Europas gesehen wird. Daher werden – wo es möglich ist – die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren Finnlands, Österreichs und Schwedens mit einer kleinen Referenzgruppe von Ländern verglichen, die mit der Integration der EU nichts zu tun hat (die USA) bzw. einem EFTA-Land, das noch weit vor einem EU-Beitritt steht (die Schweiz). Mit dem Vergleich der Entwicklung der drei Neuen mit jener des Durchschnitts von EU-15 erhält man zwar eine ungefähre Vorstellung, ob sich die Volkswirtschaften der drei Neuen besser oder schlechter entwickelt haben, echte Integrationseffekte kann man daraus noch nicht ableiten. Zum anderen zeigen die Vergleiche mit Referenzländern, die mit der EU direkt nichts zu tun haben, ob die Entwicklung seit 1995 wesentlich anders verlaufen ist, oder ob es sich um allgemeine weltwirtschaftliche Trends handelt (siehe *Abbildung 1*). Die Isolierung von Integrationseffekte durch die EU-Mitgliedschaft wird erst im letzten Kapitel vorgenommen.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum: Finnland, Österreich, Schweden, EU-15, USA und Schweiz
(Reales, BIP; jährliches Wachstum in %)



Quellen: OECD, Wifo, EU (2002e).

Um eine ungefähre Vorstellung davon zu bekommen, ob sich seit der EU-Mitgliedschaft die Wirtschaft fundamental anders entwickelt hat als zuvor, wird die Periode seither (1995-2001) jeweils mit einer Siebenjahresperiode zuvor (1988-1994) verglichen. Damit werden zum einen Zufälligkeiten ausgeschaltet, da die Perioden jeweils fast zwei Konjunkturzyklen umfassen. Zum anderen fällt in die erste Periode die in vieler Hinsicht den Integrationsprozess der EU überlagernden Umwälzungen im Zusammenhang mit der Ostöffnung (seit 1989). In den Daten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftswachstum, Außenhandel, Inflation, Beschäftigung, Staatshaushalt etc.) stecken daher nicht nur „Integrationseffekte“, sondern eine Vielzahl anderer Effekte, wie die allgemeine Weltkonjunktur und in Europa insbesondere die dramatisch geänderten Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten (MOEL) seit der Ostöffnung, die ja letztlich zu einer Erweiterung der EU um 10 Länder im Jahre 2004 führen soll.

Der Start des EG-Binnenmarktes am 1. Jänner 1993 war ökonomisch gesehen alles anders als geglückt, man ist sogar geneigt zu sagen, dass es ein „Fehlstart“ war (siehe Abbildung 1). Er fiel mit einer Rezession in Europa zusammen. Das reale BIP der EU schrumpfte und zog die meisten Mitgliedstaaten mit sich. Finnland schlitterte durch die Ostöffnung (Zusammenbruch

des Russlandhandels) in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit (reales BIP, 1991 -6.3%, 1992 -3.3%, 1993 -1.2%). Seit dem Tiefpunkt 1991 ging es aber steil nach oben und erreichte seit 1995 Wachstumsraten von 4-6 Prozent. Auch Schweden kämpfte zwischen 1991 bis 1993 – ausgelöst durch eine Bankenkrise (Liberalisierung des Bankensektors) - mit einer Rezession und erreichte 1993 (reales BIP 1991 -1.1%, 1992 -1.7%, 1993 -1.8%) den Tiefpunkt. Seither ging es wieder wirtschaftlich bergauf, wenn auch mit geringerem Wachstum als in Finnland. Österreichs Wirtschaft entwickelte sich wesentlich ruhiger, obwohl auch sie der Rezession 1993 nicht völlig widerstehen konnte. Allerdings blieb sie von einer Schrumpfung des realen BIP verschont (1993 +0.4%). Mit dem Aufschwung 1994 ging es auch in Österreich wieder voran.

Tabelle 2a: Makroökonomische Entwicklung: 1988-2001

Jahresdurchschnittswerte							
	BIP, real	BIP, real pro Kopf (KKS) ¹⁾	Persönlich verfügbares Einkommen real	BIP, nominell pro Kopf (KKS) EU-15=100	TFP ²⁾	Arbeits- produkti- vität	Arbeits- losen- quote
	%-Veränd.	%-Veränd.	%-Veränd.	Index	%-Veränd.	%-Veränd.	in %
Finnland							
1988-1994	0.45	0.01	-0.76	97.81	1.78	2.45	8.89
1995-2001	4.34	3.95	3.15	100.57	2.46	2.15	11.89
Veränderung	3.89	3.95	3.92	2.76	0.68	-0.30	3.00
Österreich							
1988-1994	3.01	2.16	1.57	108.50	1.33	2.36	4.57
1995-2001	2.29	2.11	1.20	111.61	0.93	1.84	5.32
Veränderung	-0.72	-0.05	-0.37	3.11	-0.40	-0.51	0.75
Schweden							
1988-1994	0.83	0.19	1.18	107.10	1.52	2.41	4.19
1995-2001	2.82	2.67	1.03	101.51	1.43	1.70	6.36
Veränderung	1.99	2.48	-0.15	-5.60	-0.09	-0.71	2.18
EU-15							
1988-1994	2.33			100.00			9.14
1995-2001	2.48			100.00			9.44
Veränderung	0.15			100.00			0.30

1) KKS = Kaufkraftstandards.

2) TFP = Gesamte Faktorproduktivität

Quellen: Eigene Berechnungen mit Daten der OECD, EUROSTAT, Wifo.

Tabelle 2b: Makroökonomische Entwicklung: 1988-2001 (Fortsetzung)

Jahresdurchschnittswerte							
	Inflation	Zinssatz lang- fristig	Budget- saldo Staat	Staats- Schuld	Leistungs- bilanz	Handels- bilanz	Realer effektiver Wechsel- kurs¹⁾
	%- Veränd.	in %	in % BIP	in % BIP	in % BIP	in % BIP	%- Veränd.
Finnland							
1988-1994	4.36	11.06	-0.39	31.87	-3.28	3.15	3.10
1995-2001	1.57	5.99	0.95	50.22	5.61	9.79	3.47
Veränderung	-2.80	-5.07	1.34	18.35	8.90	6.64	0.37
Österreich							
1988-1994	2.88	7.56	-3.31	59.40	-0.29	-4.15	-0.18
1995-2001	1.45	5.59	-2.46	65.51	-2.70	-2.02	3.84
Veränderung	-1.43	-1.97	0.85	6.11	-2.41	2.13	4.01
Schweden							
1988-1994	5.88	10.63	-2.98	58.68	-1.35	2.75	0.96
1995-2001	1.53	6.48	-0.07	67.51	3.42	6.98	4.41
Veränderung	-4.35	-4.16	2.91	8.83	4.77	4.23	3.45
EU-15		Deutsch- land					
1988-1994	4.48	7.45	-4.64	58.92	-0.39	0.27	
1995-2001	2.13	5.40	-2.03	68.52	0.48	1.30	
Veränderung	-2.35	-2.04	2.61	9.59	0.86	1.03	

1) Anstieg (Sinken) = reale effektive Abwertung (Aufwertung).

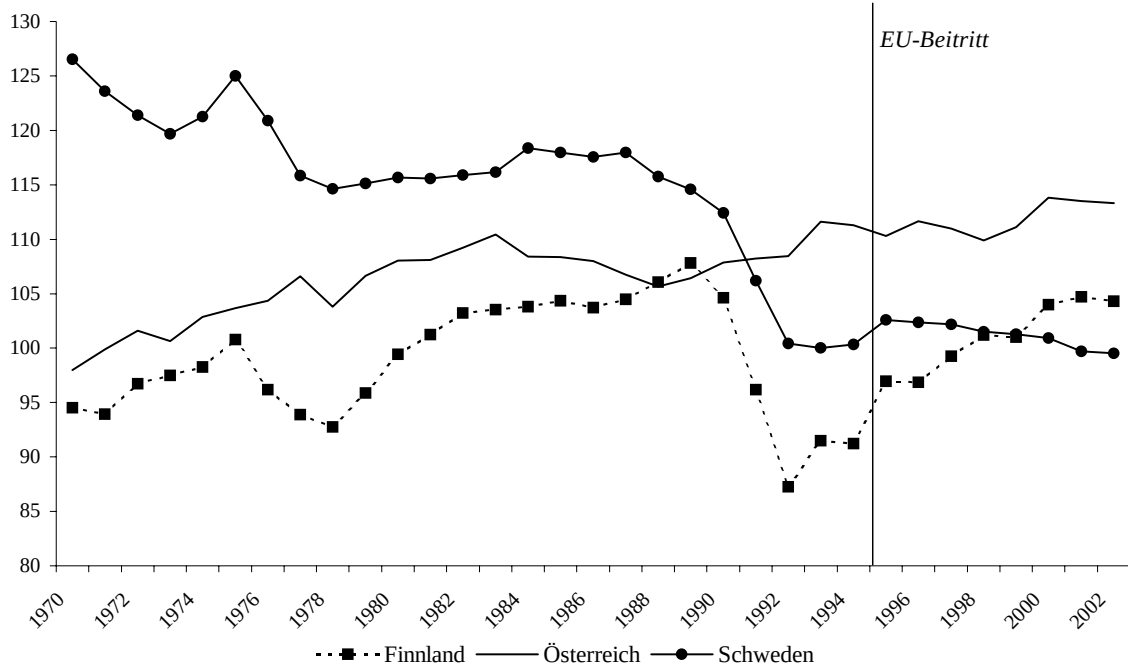
Quellen: Eigene Berechnungen mit Daten der OECD, EUROSTAT, Wifo.

Ein Vergleich der Siebenjahresperiode vor und nach dem EU-Beitritt 1995 zeigt folgendes:

In Finnland (Schweden) war das Wirtschaftswachstum (gemessen am durchschnittlich jährlichen Wachstum des realen BIP; siehe Tabelle 2a) nach 1995 um 3.9 (2) Prozentpunkte höher als in der Siebenjahresperiode zuvor. In Österreich lag das Wirtschaftswachstum nach 1995 um 0.7 Prozentpunkte unter der Periode zuvor. Ein ähnliches Muster ergibt sich, wenn man die Einkommensentwicklung heranzieht. Ein Maßstab für die Entwicklung der Gesamtwohlfahrt ist das reale BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (KKP). Auch hier führt Finnland (4 Prozentpunkte mehr nach 1995) und Schweden (+2.5%) vor Österreich (-0.1%). Misst man die Entwicklung an der Wohlfahrt der Konsumenten (persönlich verfügbares Einkommen, real), so liegt Finnland (+3.9%) voran, während Schweden (-0.2%) und Österreich (-0.4%) zurückfielen. Relativ zum EU-Durchschnitt sieht das Bild etwas anders aus. Gemessen am BIP pro Kopf nominell (zu KKP) hat sich Österreich am besten gehalten (siehe auch Abbildung 2). Seit 1995 konnte es seine Position um 3.1 Prozentpunkte verbessern, gefolgt von Finnland (+2.8%), während Schweden relativ zurückfiel (-5.6%). Von der zunehmenden Konkurrenz im EG-Binnenmarkt erwartet man eine Zunahme der Produktivität. Tatsächlich ist die Arbeitsproduktivität in allen drei Ländern gegenüber der Vorperiode gesunken (siehe Tabelle 2a). Lediglich gemessen an der gesamten

Faktorproduktivität (gewogene Kapital- und Arbeitsproduktivität) hat Finnland seine Position verbessern können, während Österreich und Finnland zurückfielen. Österreich hat allerdings am Arbeitsmarkt besser reüssiert als Finnland und Schweden. Die Arbeitslosenquote ist zwar in allen drei Ländern seit 1995 leicht gestiegen, am stärksten in Finnland, gefolgt von Schweden und am geringsten in Österreich. Auch absolut gemessen liegt die Arbeitslosenquoten in Österreich am niedrigsten. Aber auch in den USA und in der Schweiz führte die Rezession 1991-92 zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote, sank jedoch rasch wieder in den USA, nur verzögert in der Schweiz (siehe Abbildung 3).

Abbildung 2: BIP pro Kopf relativ zur EU-15: Finnland, Österreich und Schweden
(BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS); EU-15=100)

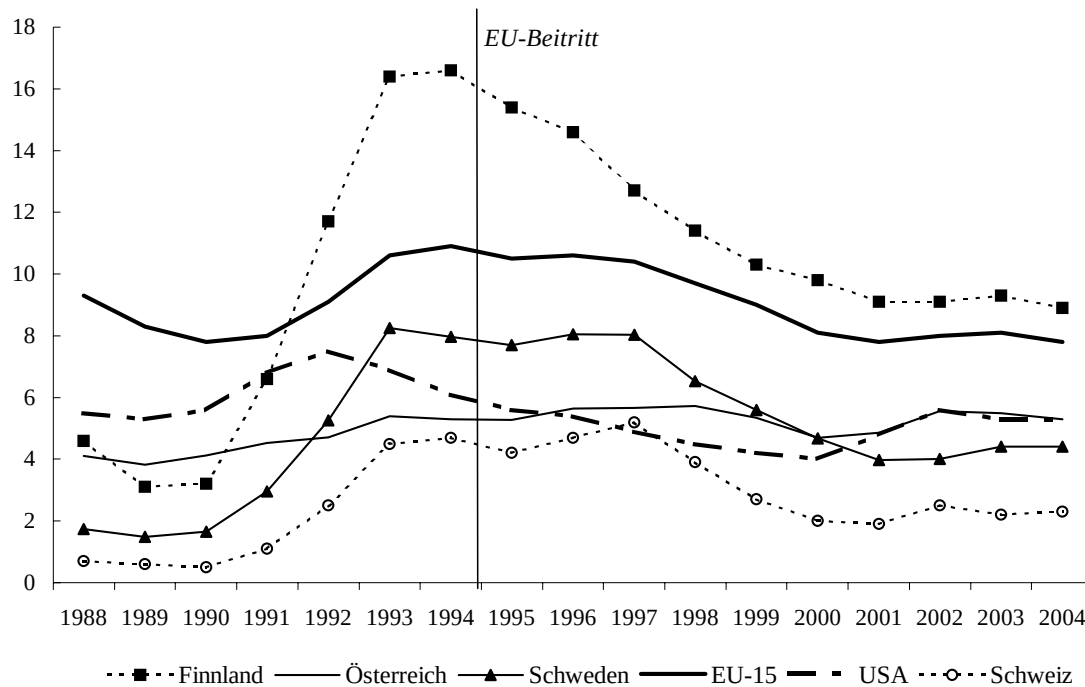


Quelle: Eurostat.

In den anderen Indikatoren (Inflation, Zinssätze und Staatshaushalt) ist eine deutliche Verbesserung seit 1995 festzustellen (siehe Tabelle 2b). Die Inflationsrate ist in allen drei Ländern gesunken, in Schweden am stärksten. Dies lag aber im allgemeinen Trend. Auch in den USA und in der Schweiz ging die Inflation kräftig zurück (siehe Abbildung 4). Der langfristige Zinssatz sank in Finnland am stärksten. Aber auch in Schweden sank er, obwohl Schweden nicht der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) angehört. Teilweise bedingt durch die Teilnahme an der WWU – Notwendigkeit der Erfüllung der Konvergenzkriterien - (Finnland und Österreich), teilweise bedingt durch das stärkere Wirtschaftswachstum (Schweden) konnten die Budgetdefizite entweder gesenkt werden (Österreich) oder

verkehrten sich sogar in Überschüsse (Finnland und Schweden). Dadurch kam es auch zu einem erstaunlichen Abbau der Staatsschuldenquote im jährlichen Verlauf seit 1995, was in den Siebenjahresdurchschnitten von Tabelle 2b nicht zum Ausdruck kommt. Am stärksten war diese Entwicklung in Finnland, gefolgt von Schweden und Österreich.

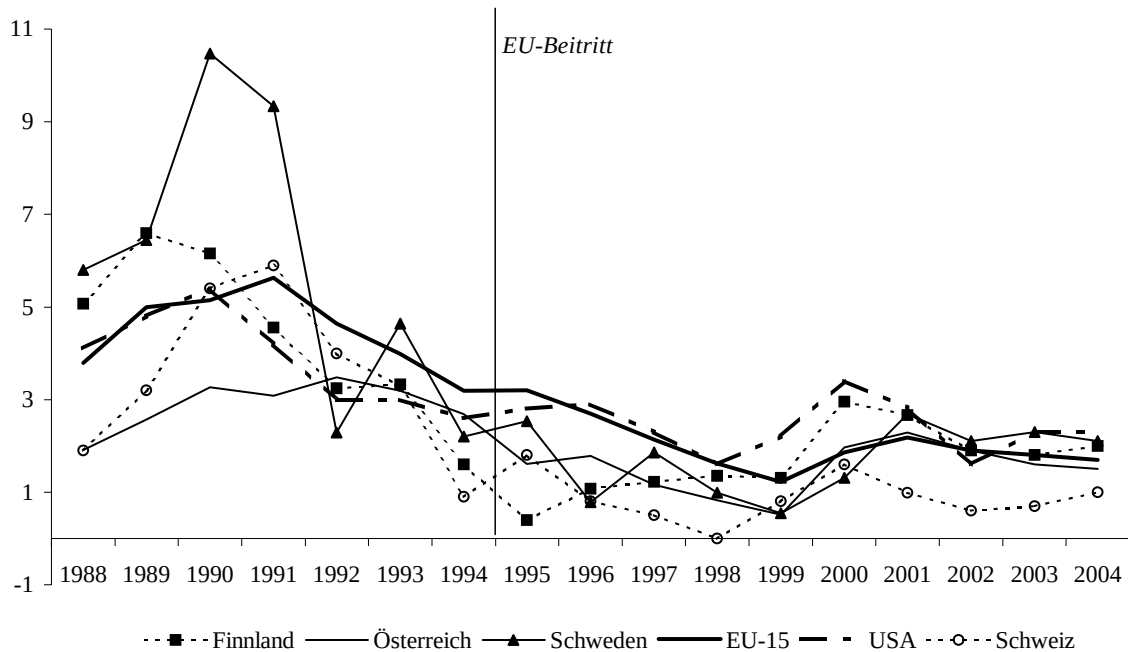
Abbildung 3: Arbeitslosenquoten: Finnland, Österreich, Schweden, EU-15, USA und Schweiz (in %)



Quellen: OECD, Wifo, EU (2002e).

Die außenwirtschaftliche Entwicklung war zum einen bestimmt durch die Mitgliedschaft in der EU, zum anderen durch die Ostöffnung. Während Finnland und Schweden ihre Leistungsbilanzsalden von Defiziten in Überschüsse verwandeln konnten, nahm das Defizit in Österreich in der zweiten Siebenjahresperiode seit 1995 (vor allem durch die strukturelle Verschlechterung der Reiseverkehrsbilanz) stark zu (siehe Tabelle 2b). Alle drei Länder konnten ihre Handelsbilanzsalden verbessern. Auch Österreich, das stets mit einem chronischen Defizit zu kämpfen hatte, konnte dieses deutlich senken und erzielte im Jahr 2002 erstmals einen Überschuss. Alle drei Länder haben seit 1995 ihre Währungen real effektiv abgewertet – am wenigsten Finnland.

Abbildung 4: Inflationsentwicklung: Finnland, Österreich, Schweden, EU-15, USA und Schweiz
(Verbraucherpreisindex; jährliche Wachstumsraten in %)



Quellen: OECD, Wifo, EU (2002e).

Die drei Länder – obwohl alles reiche Kleinstaaten - unterscheiden sich doch deutlich hinsichtlich der Industrie und Firmenstruktur. Während Finnland und Schweden über echte Multis verfügen, ist Österreichs Wirtschaftsstruktur vorrangig dominiert von Klein- und Mittelbetrieben (KMUs). Schweden ist mit fünf Firmen (Multis) in der von der Financial Times aufgestellten Liste der 500 größten Weltfirmen – gemessen am Marktwert - vertreten (siehe FT 500 – The world's largest companies, May 10, 2002): Ericsson (Rang 124), Nordea Bank (255), Hennes & Mauritz (298), Teila (430) und Svensak Handelsbanken (441). Finnland ist mit zwei Firmen vertreten: Nokia (Rang 30) und Stora Enso (398). Österreich ist dieser Liste mit keiner einzigen Firma vertreten. Diese unterschiedlich Firmenstruktur spiegelt sich auch in der Einschätzung der globalen Wettbewerbsfähigkeit internationaler Manager, deren Ergebnisse jährlich vom World Economic Forum (WEF) im Global Competitiveness Report zusammenfasst werden. Nach dem jüngsten Bericht liegt hier Finnland von 80 erfassten Ländern im Jahr 2002 an 2. Stelle (im Jahr 2001 an 1. Stelle), Schweden liegt an 5. Stelle (zuvor 9. Platz) und Österreich rangiert an 18. Stelle in beiden Jahren. Damit liegen alle drei Länder über der Durchschnittsplatzierung der EU (23. Platz im Jahr 2002 gegen 19. Platz im Jahr 2001; siehe Tabelle 3). Österreich rangiert in der Unterkategorie „Öffentliche Institutionen“ und „mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit“ noch relativ am besten.

Schweden wird bezüglich der makroökonomischen Rahmenbedingungen relativ schlecht eingestuft.

Tabelle 3: Globale Wettbewerbsfähigkeit 2001-2002

Reihung von 80 Ländern

	Wettbewerbs- fähigkeit - Wachstum Gesamtreihung		Techno- logie	Öffentliche Insti- tutionen	Makroökono- mische Rahmenbe- dingungen	Mikroökono- mische Wettbewerbs- fähigkeit
	2002	2001	2002	2002	2002	2002
Finnland	2	1	3	1	14	2
Österreich	18	18	23	11	23	12
Schweden	5	9	4	15	34	6
Referenzländer:						
USA	1	2	1	16	2	1
Schweiz	6	15	6	8	5	5
Norwegen	9	6	10	12	7	21
Island	12	16	16	3	24	17
Rest-EU:						
Dänemark	10	14	11	2	31	8
Großbritannien	11	12	15	6	16	3
Deutschland	14	17	12	14	22	4
Niederlande	15	8	19	10	19	7
Spanien	22	22	24	26	15	25
Portugal	23	25	13	21	40	36
Irland	24	11	31	18	9	20
Belgien	25	19	22	22	26	13
Frankreich	30	20	28	29	28	15
Griechenland	38	36	30	44	47	43
Italien	39	26	39	37	27	24
Durchschnitt EU-11	23	19	22	21	25	18

Quelle: Global Competitiveness Report 2002-2003, World Economic Forum, Geneva, 13. November 2002.

Förderte der EU-Beitritt den Intra-EU-Handel?

Die Integration in einen bestehenden Handelsblock führt in der Regel zu mehr Handel (Handelsschaffung) und zu einer Umlenkung des Handels von den alten Handelspartnern zu den neuen (Handelsumlenkung). Der EU-Beitritt der drei Neuen hatte folgende Implikationen:

- Sie alle traten in die bestehende Zollunion der EU ein. Das hieß, dass die Zölle an den Gemeinsamen Zolltarif (GZT) der EU anzupassen waren. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, bedeutete dies, dass Finnland (im Durchschnitt der Industriewaren) keinen Anpassungsbedarf hatte, Schweden musste die Zölle um rund einen Prozentpunkt im Durchschnitt anheben, während Österreich sie um rund fünf Prozentpunkte senken musste. Die Folge davon war, dass die Importe aus Drittstaaten nach Österreich verbilligt, jene in Schweden leicht verteuert wurden. In allen drei Ländern war der bilaterale Handel von Industriewaren mit der EG auf Grund der Freihandelsabkommen EFTA-EG von 1972

als Mitglieder der EFTA seit Mitte 1977 von Zöllen befreit (EG-EFTA-Freihandelszone). Der Anteil der Drittlandimporte betrug vor 1995 in Schweden rund 28% der Gesamtimporte, in Österreich 25% und in Finnland 36%. Für Schweden dürfte der handelsablenkende Effekt durch die Anpassung an den GZT der EG daher nur rund ¼ % der Gesamtimporte betragen haben, während er in Österreich rund 1 ¼% der Gesamtimporte ausgemacht haben dürfte. In Finnland gab es wegen der Nichtanpassung keine diesbezüglichen Effekte.

- Eintritt in den Binnenmarkt bedeutete somit zum einen keine Zollsatzänderung zwischen den drei Neuen und der EG-12, zum anderen allerdings durch den Wegfall der Grenzkontrollen (freier Warenverkehr) eine Senkung der Handelskosten im Ausmaß von geschätzten 2,5-5 Prozent des Handelsvolumens. Genaue Zahlen sind darüber nicht bekannt. Nimmt man die Untergrenze von 2,5% Handelskostenabbau an und behandelt sie wie einen äquivalenten Zollabbau zwischen den drei Neuen vis à vis der EG-12 sowie zwischen der EG-12 und den drei Neuen bzw. gegenseitig zwischen den drei Neuen, so ergeben sich in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell¹ folgende theoretische Handelseffekte: Die Exporte und Importe von Finnland (+8%), Österreich (+10%) und Schweden (+9%) in die EU-12 bzw. aus der EU-12 und der Handel mit den jeweiligen Partnern der drei Länder hätten steigen müssen (mit den jeweiligen Partnern etwas weniger als mit der EU). Dadurch müssten sich die Handelsbilanzen der drei Neuen mit der EG-12 leicht verschlechtern, mit den anderen Weltregionen verbessern. Der Handel mit den Nicht-EU-Ländern hätte umgelenkt werden müssen, d.h. zurückgehen müssen. Der Wegfall der Grenzkontrollen (Senkung der Handelskosten) würde mit Wohlfahrtseffekten von rund ½% des BIP in allen drei Ländern zu Buche schlagen. Das reale BIP würde um rund 0,1% steigen.
- Wie sieht die Realität aus? Hier wird wiederum ein Vergleich des Zustandes vor dem EU-Beitritt (Durchschnitt der Periode 1988-1994) mit jenem nach dem EU-Beitritt (Durchschnitt der Periode 1994-2001) angestellt, um Zufälligkeiten in einzelnen Jahren auszuschalten (siehe die Tabellen 4, 5 und 6). Dabei werden die Gesamtexporte und -importe in fünf Weltregionen unterteilt (EU-14, MOEL-10+GUS, EFTA-4, NAFTA, Rest der Welt - ROW). Die Exportanteile mit der EU-14 sind in allen drei Ländern gesunken, am stärksten in Finnland. Die Importanteile mit der EU-14 sind in Finnland und Österreich (am stärksten) gesunken, in Schweden gestiegen. Die theoretisch erwartete

¹ Diese Berechnungen wurden mit dem numerischen allgemeinen Gleichgewichtsweltmodell GTAP5, spezifiziert für 8 Regionen (Finnland, Österreich, Schweden, EU-12, NAFTA, MOEL, GUS, ROW), 10 Sektoren und 5 Produktionsfaktoren auf Basis von Daten aus dem Jahr 1997 durchgeführt.

Handelsschaffung ist also durch den EU-Beitritt nicht eingetreten. Lediglich in den Jahren 1994/95 kam es zu starken Export- und Importsteigerungen im Handel mit der EU. Bei den MOEL-10 muss man berücksichtigen, dass seit dem Abschluss bzw. dem Inkrafttreten der Europaabkommen (bzw. deren Interimsabkommen) – schrittweise seit 1993 – die Zölle für Importe der EU aus den MOEL bis 1997 für Industriewaren beseitigt, die Zölle für Importe der MOEL aus der EU bis 2002 abgebaut wurden (asymmetrischer Zollabbau). Österreich hatte daher in der Periode seit 1995 den Handel mit den MOEL stark ausgeweitet, exportseitig mehr als importseitig, Finnland und Schweden etwas weniger intensiv. In allen drei Ländern ist der Handel mit der Rest-EFTA (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) erwartungsgemäß geschrumpft. Allerdings haben sich die Importe aus dem ROW nicht theoriekonform verhalten (sie sind geschrumpft!), in Schweden sind sie nicht nur mit dem ROW, sondern auch mit der NAFTA zurückgegangen. Als Ergebnis dieser Entwicklung hat sich die Handelsbilanz mit der EU in Finnland und Schweden verbessert, in Österreich verschlechtert. Misst man die Veränderung an den Anteilen der Handelsbilanz von insgesamt, so gab es allerdings in Österreich relativ zu den Handelsbilanzsalden gegenüber anderen Weltregionen eine relative Verbesserung, in den beiden anderen Ländern aber eine Verschlechterung.

Tabelle 4: Außenhandelsentwicklung in Finnland: 1988-2001

	Exporte in %			Importe in %		
	der Gesamtexporte			der Gesamtimporte		
	1988-1994	1995-2001	Veränderung	1988-1994	1995-2001	Veränderung
EU-14	61.86	54.98	-6.88	58.78	56.29	-2.49
MOEL-10	4.95	7.09	2.14	3.28	4.33	1.05
MOEL-10+GUS	11.57	13.10	1.53	12.16	12.59	0.43
EFTA-4	5.05	4.25	-0.80	5.66	5.37	-0.29
NAFTA	7.60	8.72	1.12	7.52	8.04	0.52
ROW	13.93	18.95	5.02	15.88	17.71	1.83
Gesamt	100.00	100.00	0.00	100.00	100.00	0.00
	Handelsbilanz in Mill. USD			Handelsbilanz in % von gesamt		
	1988-1994	1995-2001	Veränderung	1988-1994	1995-2001	Veränderung
	1988-1994	1995-2001	Veränderung	1988-1994	1995-2001	Veränderung
EU-14	1924	5409	3485	93.94	51.28	-42.67
MOEL-10	489	1618	1130	23.86	15.34	-8.52
MOEL-10+GUS	94	1528	1434	4.60	14.48	9.88
EFTA-4	-23	98	122	-1.14	0.93	2.07
NAFTA	177	1139	962	8.65	10.80	2.15
ROW	-124	2375	2499	-6.05	22.51	28.56
Gesamt	2048	10549	8501	100.00	100.00	0.00

Quellen: Eigene Berechnungen mit Daten der OECD: FTMS - Monthly Statistics of Foreign Trade.
(Wifo-Datenbank)

Tabelle 5: Außenhandelsentwicklung in Österreich: 1988-2001

	Exporte			Importe		
	in %			in %		
	der Gesamtexporte			der Gesamtimporte		
	1988-1994	1995-2001	Veränderung	1988-1994	1995-2001	Veränderung
EU-14	67.22	62.96	-4.25	70.18	68.87	-1.31
MOEL-10	8.32	12.95	4.63	5.29	8.85	3.56
MOEL-10+GUS	10.39	14.60	4.21	6.99	10.88	3.89
EFTA-4	7.21	6.34	-0.88	4.51	3.69	-0.82
NAFTA	4.06	4.99	0.93	4.52	5.68	1.16
ROW	11.12	11.11	-0.01	13.80	10.88	-2.92
Gesamt	100.00	100.00	0.00	100.00	100.00	0.00
	Handelsbilanz			Handelsbilanz		
	in Mill. USD			in % von gesamt		
	1988-1994	1995-2001	Veränderung	1988-1994	1995-2001	Veränderung
EU-14	-6973	-7908	-935	84.12	127.90	43.78
MOEL-10	795	1979	1184	-9.59	-32.01	-22.42
MOEL-10+GUS	785	1616	830	-9.47	-26.13	-16.66
EFTA-4	675	1407	733	-8.14	-22.76	-14.62
NAFTA	-587	-750	-163	7.08	12.12	5.05
ROW	-2190	-548	1641	26.42	8.87	-17.55
Gesamt	-8289	-6183	2106	100.00	100.00	0.00

Quellen: Eigene Berechnungen mit Daten der OECD: FTMS - Monthly Statistics of Foreign Trade.
(Wifo-Datenbank)

Tabelle 6: Außenhandelsentwicklung in Schweden: 1988-2001

	Exporte			Importe		
	in %			in %		
	der Gesamtexporte			der Gesamtimporte		
	1988-1994	1995-2001	Veränderung	1988-1994	1995-2001	Veränderung
EU-14	61.19	55.97	-5.22	63.47	66.90	3.43
MOEL-10	1.90	3.85	1.95	2.13	3.92	1.79
MOEL-10+GUS	2.47	4.94	2.48	3.18	4.67	1.49
EFTA-4	10.82	10.10	-0.72	8.84	9.80	0.96
NAFTA	10.52	10.66	0.13	9.18	6.60	-2.59
ROW	15.00	18.32	3.32	15.33	12.03	-3.29
Gesamt	100.00	100.00	0.00	100.00	100.00	0.00
	Handelsbilanz			Handelsbilanz		
	in Mill. USD			in % von gesamt		
	1988-1994	1995-2001	Veränderung	1988-1994	1995-2001	Veränderung
EU-14	2119	2418	299	40.13	14.37	-25.76
MOEL-10	-8	598	605	-0.15	3.55	3.70
MOEL-10+GUS	-213	1000	1213	-4.04	5.94	9.98
EFTA-4	1523	1888	365	28.84	11.22	-17.62
NAFTA	1193	4396	3203	22.60	26.12	3.53
ROW	658	7127	6468	12.46	42.35	29.89
Gesamt	5281	16828	11547	100.00	100.00	0.00

Quellen: Eigene Berechnungen mit Daten der OECD: FTMS - Monthly Statistics of Foreign Trade.
(Wifo-Datenbank)

Tabelle 7: Intra-industrieller Handel (IIT) mit der EU: Finnland, Österreich und Schweden
Grubel-Lloyd-Index für IIT; SITC-3-Steller

	1970	1980	1990	1994	1995	1996	2000
Finnland	34.3	48.3	48.3	48.2	47.2	47.4	41.8
Österreich	61.8	70.9	70.2	71.2	67.9	73.1	76.3
Schweden	65.4	65.8	66.0	65.7	63.1	62.4	69.2
EU-15	58.8	60.9	62.0	63.1	62.8	63.3	64.1

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der UNO-Welthandelsdatenbank (Wifo).

Der Grubel-Lloyd-Index für den intra-industriellen Handel (IIT) für ein Gut i lautet:

$$IIT_i = 100 - \frac{|X_i - M_i|}{(X_i + M_i)} \cdot 100, \text{ wobei } X_i \text{ } (M_i) \text{ die Exporte (Importe) des Gutes } i \text{ sind.}$$

Die moderne Außenhandelstheorie postuliert, dass mit zunehmender Integration von Industrieländern mit ähnlicher Faktorausstattung immer ähnlichere Produkte gehandelt werden. Die Anbieter versuchen durch Produktdifferenzierung ihre vorübergehende Marktposition zu halten bzw. auszubauen, zum einen um sich von den anderen Konkurrenten abzugrenzen, zum anderen um den immer differenzierteren und verfeinerteren Geschmack der Konsumenten zu treffen. Dieses Phänomen wird als „intra-industrieller“ Handel (IIT) bezeichnet. Misst man den IIT anhand des Grubel-Lloyd-Index, so ergibt sich für die drei Neuen folgendes Bild (siehe Tabelle 7). Finnland hat von den drei Ländern den niedrigsten Index, weil seine Wirtschaftsstruktur relativ stark auf zwei Gütersegmente (Holz und High-Techn-Produkte) konzentriert ist. Dennoch hat der industrielle Handel mit der EU bis vor dem EU-Beitritt zugenommen und seither interessanterweise wieder abgenommen. In Österreich und in Schweden ist nach einer kurzen Stagnation nach dem EU-Beitritt zuletzt der Anteil des intra-industriellen Handels mit der EU wieder gestiegen.

3. Das Leben im und mit dem Binnenmarkt

Das Ziel, einen „Gemeinsamen Markt“ zu schaffen, ist bereits im EWG-Vertrag von 1957 in Art. 2 festgeschrieben. Tatsächlich wurde der Binnenmarkt erst per 1. Jänner 1993 verwirklicht und feiert daher heuer sein 10-jähriges Bestehen. Die Eckpfeiler des Binnenmarkts sind die Verwirklichung der vier Freiheiten (freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte²). Abgesichert

² Alle drei Länder sind Mitglieder des Schengen-Abkommens – freier Personenverkehr bzw. Wegfall der Grenzkontrollen, strenge Kontrolle der Außengrenzen –, das mit der Integration in den Vertrag von Amsterdam (in Kraft seit 1.5.1999) zum EU-Primärrecht wurde. Finnland und Schweden traten am 25.3.2001 zusammen mit den anderen skandinavischen Ländern (Norwegen und Island als assoziierte Mitglieder) dem Schengener Abkommen bei. Dadurch konnte die Passunion des Nordischen Rates (Mitglieder: Island, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland), der heuer sein 50-jähriges Bestehen feiert, hinübergerettet werden. Österreich ist seit 28.4.1995 Mitglied des Schengener Abkommens (konkret fielen die Grenzkontrollen am 1.12.1997 bzw. am 1.4.1998 weg).

wird das Funktionieren des Binnenmarktes durch ein einheitliches Wettbewerbsrecht. Im Laufe der Zeit sind zudem viele Bereiche, die vormals unter staatlichem Einfluss standen (öffentliche Versorgungsbetriebe wie Telekom, Energie – Strom und Gas, Bahn, Post etc.) privatisiert worden. Dazu war eine umfangreiche Anpassung von EU-Gesetzen (Richtlinien) notwendig. Deren Umsetzung in nationales Recht hat viel Zeit in Anspruch genommen und wurde erst allmählich verwirklicht. War am Beginn noch ein Umsetzungsdefizit von EU-Recht von 21.4% vorhanden, so ist es innerhalb von 10 Jahren Binnenmarkt kontinuierlich auf 2.1% gesunken.

Defizit in der Umsetzung sinkt stark

Die drei neuen Mitglieder sind auf Basis des bereits existierenden Binnenmarktes seit 1993 der EU beigetreten. In der Umsetzung waren sie unterschiedlich ambitioniert. Während in Österreich das Defizit noch 2.9% beträgt, waren Finnland (0.6%) und Schweden (0.4%) wesentlich ambitionierter in der Umsetzung von EU-Recht (EU, 2002a, S. 5-7). Um das von der Europäischen Kommission angestrebte Ziel, nächstes Jahr ein Defizit von 1.5% (vollständige Umsetzung) zu erreichen, muss Österreich noch 57 (79) Richtlinien umsetzen, Finnland und Schweden nur je 24 (46).

Bei einer unvollkommenen oder ausbleibenden Umsetzung von Richtlinien der EU kommt es zum Vertragsverletzungsverfahren, initiiert von der Europäischen Kommission. Die Gesamtzahl dieser Verfahren bleibt mit zuletzt über 1500 offenen Fällen überaus hoch. In Österreich gibt es 79, in Finnland 39 und in Schweden nur 32 (siehe Binnenmarktanzeiger der Europäischen Kommission vom November 2002).

Harmonisierung versus gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards

Generell basiert das Binnenmarktprogramm auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Industrienormen und –standards. Für das Funktionieren des Binnenmarktes und damit gleichen fairen Startbedingungen wäre natürlich eine Harmonisierung der zahlreichen Standards wünschenswert. In der Praxis war dies jedoch nicht umzusetzen. Daher gibt es neben dem Konzept der gegenseitigen Anerkennung (der Verkauf eines Produktes, welches in einem Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellt und in Verkehr gebracht wurde, kann von einem anderen Mitgliedsstaat nicht verboten werden, wenn es dasselbe Schutzniveau gewährleistet), das in der EU durch die Rechtsprechung des EuGH im Fall Cassis de Dijon (Rs. 120/78) eingeführt wurde, sowohl Anreize seitens der Kommission zur Harmonisierung als auch Bestrebungen innerhalb der für Standardisierung zuständigen Institutionen (CEN, CENELEC,

ETSI, ENO etc.; siehe Paparella, 2002), eine stetige Harmonisierung voranzutreiben. In den letzten 10 Jahren hat sowohl die von der Europäischen Kommission vorgegebene Harmonisierung als auch die von der Industrie autonome vorangetriebene Standardisierung der Industrieprodukte stetig zugenommen, wobei letztere dominierend sind (EU, 2002a, S. 15). In der Regel werden Standardisierungen von den europäischen Normungsinstituten CEN, ETSI, CENELEC vorgenommen (siehe Paparella, 2002). Die theoretisch erwarteten positiven Zusammenhänge von stärkerer Harmonisierung und höheren Wettbewerbsvorteilen konnten bisher allerdings nicht eindeutig nachgewiesen werden (siehe Paparella, 2002).

Wie sehen die BürgerInnen den Binnenmarkt?

In Meinungsumfragen (Eurobarometer) stehen große Firmen dem Binnenmarktprogramm meist positiver gegenüber als Klein- und Mittelbetriebe (KMUs). Während KMUs (Mitarbeiter von 10-49 – Kleinbetriebe und Mittelbetriebe - 50-249 Mitarbeiter) nur zu 44% bzw. 55% dem Binnenmarkt positive Seiten abgewinnen können, glauben Großbetriebe (über 250 Mitarbeiter), dass der Binnenmarkt zu 67% einen positiven Einfluss auf sie ausübt und nur zu 6% einen negativen (EU, 2002a, S. 19). Alle Firmen sehen einen starken Einfluss des Binnenmarktes auf die Produktivität, weniger positive Auswirkungen auf die Gewinne und die Beschäftigung. Die Möglichkeiten, innerhalb der EU Verkäufe zu tätigen, werden durch den Binnenmarkt als sehr positiv beeinflusst angesehen.

Die Bürgerinnen und Bürger der EU sehen das Positive des Binnenmarktes darin, daß ihre Wohlfahrt steigt (EU, 2002a, S. 27-28). Dies drückt sich dadurch aus, dass sie niedrigere Preise vorfinden (41%), die Qualität der angebotenen Produkte gestiegen ist (67%) und insgesamt das Angebot an Produkten zugenommen hat (80%). Allerdings variiert die Meinung darüber, ob die Preise durch die zunehmende Konkurrenz im Binnenmarkt gesunken sind, von Mitgliedsland zu Mitgliedsland sehr stark. Während die LuxemburgerInnen zu 52% glauben, dass er auf die Preise einen positiven Einfluss hatte, sehen dies die SpanierInnen nur zu 21% so. Die FinnInnen (46%) und SchwedInnen (47%) sind ebenfalls recht optimistisch, während die ÖsterreicherInnen (34%) spektischer sind.

Hinsichtlich der Zustimmung zur EU bzw. der Einschätzung der Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft gibt es in den drei Ländern deutliche Unterschiede. Traditionell war und ist die Skepsis gegenüber der EU in Schweden immer noch am größten, was sich nicht zuletzt in einer Nichtteilnahme an der WWW spiegelt. Laut den Ergebnissen der Befragungen im Eurobarometer (Eurobarometer, EU, 2002g) heißt dies folgendes: Auf die Frage, ob die EU-

Mitgliedschaft eine gute oder schlechte Sache sei, sagen 40% der FinnInnen dass es eine gute Sache sei (ÖsterreicherInnen 37% und SchwedInnen 38%); 18% der FinnInnen finden es eine schlechte Sache (16% der ÖsterreicherInnen; aber 27% der SchwedInnen). Von der EU-Mitgliedschaft glauben 41% der FinnInnen zu profitieren (40% der ÖsterreicherInnen; aber nur 29% der SchwedInnen). Allerdings finden 43% der FinnInnen, dass sie nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert haben (40% ÖsterreicherInnen und 47% der SchwedInnen). Das heißt, dass man in den skandinavischen Mitgliedsstaaten der EU gegenüber generell spektischer ist als in Österreich. Dieses Bild hat sich auch seit 1995 kaum wesentlich geändert. In Schweden haben laut jüngstem Eurobarometer allerdings die Befürworter des Euro (49%) die Gegner (42%) bereits überholt.

Binnenmarktindex steigt stark an

Seit 2001 publiziert die Europäische Kommission einen „Binnenmarktindex“ (Internal Market Index), der das Funktionieren des Binnenmarktes in einer Maßzahl ausdrücken soll. Im Jahr 2002 wurde der Index revidiert und erweitert (EU, 2002a, S. 32 ff.). Er besteht aus einem gewichteten Durchschnitt aus 12 Indikatoren (für eine detaillierte Darstellung der Methodik, siehe Tarantola-Saisana-Saltelli (2002)), die vom Beratergremium der Kommission in Binnenmarktfragen (IMAC – Internal Market Advisory Committee) als repräsentativ für das Funktionieren des Binnenmarktes ausgewählt wurde (siehe Tabelle 8).

Der Binnenmarktindex (BMI)³ für die EU insgesamt ist von 100 im Jahr 1992 (1995 111) auf 143 im Jahr 2001 angestiegen, was auf eine stetige Verwirklichung der Grundgedanken des Binnenmarktes hindeutet. Für die neuen Mitgliedstaaten wurde der BMI ebenfalls bereits ab 1992 gerechnet, obwohl sie erst 1995 der EU beigetreten sind (!). Insgesamt ist der BMI in den drei Neuen viel rascher gestiegen als im EU-Durchschnitt. Besonders rasant ist er in Finnland angestiegen: von einem Wert von 100 im Jahr 1992 auf 162 im Jahr 1995 und erreichte den Wert 225 im Jahr 2001 (im Jahr 1999 gab es eine kleine Pause; Indexwert 196). Am zweit schnellsten stieg der BMI in Schweden: von 100 im Jahr 1992 auf 155 im Jahr 1995 und weiter bis auf 176 im Jahr 2001 (dazwischen erreichte der Index mit einem Wert von 184 im Jahr 2000 einen vorläufigen Höhepunkt). Auch in Österreich ging die Vervollständigung des Binnenmarktes, gemessen mit dem BMI, rascher vor sich als im EU-Durchschnitt: Von 100 im Jahr 1992 stieg der Index auf 121 im Jahr 1995 und weiter bis auf 163 im Jahr 2001 (im Jahr 2000 lag er mit 165 noch leicht höher).

Tabelle 8: Binnenmarkindex – Variablen und Quellen

Variable	Quelle	Ge- wicht	Vorzei- chen	Erklärung (Proxy für ..)
Sektorale und ad hoc Subventionen in % des BIP	Eurostat	14%	-	fairen Wettbewerb
Wert der publizierten öffentlichen Auftragsvergabe in % des BIP	Eurostat	13%	+	Transparenz und Marktzugang
Kosten für Telekommunikation (10 Minuten lokale, nationale und internationale Gespräche)	Eurostat	9%	-	Markttöffnung im Telekommunikationssektor
Strompreise (Industrie und Haushalte)	Eurostat	12%	-	Markttöffnung im Strommarkt
Gaspreise (Industrie und Haushalte)	Eurostat	7%	-	Markttöffnung im Gasmarkt
Relatives Preisniveau von Privatkonsum inkl. MWSt (EU-15 = 100)	Eurostat	10%	-	Preisdivergenz der Mitgliedstaaten vom EU-Durchschnitt
Intra-EU Direktinvestitionen (Einstrom von FDI in % des BIP)	Eurostat	12%	+	Freier Kapitalverkehr zwischen Mitgliedstaaten
Intra-EU-Handels in % des BIP	Eurostat	14%	+	Freier Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten
Aktive Bevölkerung in einem Mitgliedstaat (15-64 Jahre alt), die aus einem anderen Mitgliedstaaten stammt in % der Gesamtbevölkerung	Eurostat	3%	+	Freier Personenverkehr zwischen Mitgliedstaaten
Wert des Vermögens der Pensionsfonds in % des BIP	Europäische Kommission, GD Binnenmarkt	1%	+	Umstellung des traditionellen Pensionssystems zu einem mit 2. Säule
Verhältnis von Kreditzinsen zu Sparzinsen	EZB http://www.ecb.int/stats/	4%	-	Effizienz des Bankensektors
Posttarife (20g Standardbriefe)	Europäische Kommission	1%	-	Markttöffnung im Postwesen

Quelle: EU (2002a), S. 39.

Dabei waren im Falle Finnlands die treibenden Kräfte hereinströmende FDI's sowie der Abbau der staatlichen Subventionen; bremsend wirkte der Intra-EU-Handel sowie die hohen Telekommunikationskosten. In Schweden beschleunigte sich der Index durch eine zunehmend stärkere Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen sowie stark sinkenden Strompreisen. Dem wirkte bremsend die hohen Telekommunikationskosten und das relativ hohe Preisniveau

³ Die exakten Werte des BMI wurden mir freundlicherweise von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt. Die grafische Darstellung findet man in EU (2002a).

im privaten Konsum entgegen. In Österreich beschleunigte sich der Index aus denselben Gründen wie in Schweden, bremsend wirkten die relativ hohen Konsumgüterpreise und die immer noch vorliegenden staatlichen Subventionen.

Strom- und Gasbinnenmarkt

Einen wichtigen Beitrag zum besseren Funktionieren des Binnenmarktes leistet die Vollendung des Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktes. Strom und Gas sind nicht nur wichtige Inputs für die Industrie, sondern auch Komponenten des Verbraucherpreisindex der privaten Haushalte. Wenn es durch die Liberalisierung der vormals verstaatlichten Strom- und Gasmärkte durch mehr Wettbewerb zu Preisverbilligungen kommt, so schlägt sich das nicht nur in geringeren Produktionskosten der Unternehmen durch, sondern auch direkt im Haushaltbudget der privaten Haushalte. Der jüngste Benchmarkingbericht der Europäischen Kommission (EU, 2002b) untersucht diese Märkte bezüglich ihrer Öffnung und der Implikationen für die Preise. Die Elektrizitätsrichtlinie zur Öffnung des Strommarktes wurde in den drei Neuen bereits umgesetzt (in Finnland 1997, in Schweden 1998 und in Österreich 2001). Die Gasrichtlinie zur Öffnung des Gasmarktes wurde bisher erst in drei EU-Ländern zur 100% umgesetzt (in Österreich seit 1. Oktober 2002; in Deutschland seit 2000 und in Großbritannien seit 1998). In Schweden ist sie erst für 2006 geplant, in Finnland gibt es noch keinen Zeitplan für die vollständige Öffnung. Dies bisherige Auswirkung der Liberalisierung auf die Preisentwicklung war durchaus unterschiedlich. Preissenkungen bei Strom stehen Preisanstiege bei Gas gegenüber. Die Einzelhandelspreise für Strom sanken in Finnland für industrielle Großverbraucher (24 GWh/Jahr) und für gewerbliche Kleinverbraucher (50 GWh/Jahr) und für Haushaltskunden (3.5GWh/Jahr) von 44, 61 und 70 (jeweils Euro/MWh) im Jänner 1995 auf 36, 56 und 70 im Jänner 2002. Das entspricht Preissenkungen um 18%, 8% und 0%, wobei der Strom für Haushalte im Jahr 2000 bereits auf 64 Euro/MWh gelegen war. In Österreich sanken die Preise für industrielle Großverbraucher von 69 Euro/MWh 1995 auf 60 (im Juli 1999, seither fehlen Daten!), für gewerbliche Kleinverbraucher von 172 auf 96 und für Haushalte von 103 (Jänner 1996) auf 93. Das entspricht Preissenkungen von 13%, 44% und 10%. In Schweden sanken die Preise für industrielle Großverbraucher von 33 Euro/MWh (Jänner 1996) auf 26 im Jänner 2002, für gewerbliche Kleinverbraucher von 70 auf 36 und für Haushalte stiegen sie von 66 auf 70. Das entspricht Preissenkungen von 21% und 49% bzw. eines Preisanstiegs für Haushalte von 6%. Auf dem Gasmarkt sind die Preise – sofern Daten vorhanden sind (für Finnland meist nicht) – für alle Abnehmerkategorien in allen drei Ländern in derselben Periode gestiegen (eine Ausnahme gibt es in Schweden für

Großabnehmer; hier sind die Preise zwischen Jänner 2001 und Jänner 2002 leicht gesunken). Für die privaten Haushalte ist es also in den meisten Fällen sowohl bei Strom, als auch bei Gas bisher noch zu keiner Entlastung und damit zu Wohlfahrtseffekten gekommen.

4. Fundamentale Änderungen in der Wirtschaftspolitik durch den EU-Beitritt

Die Europäische Union basiert (noch) auf einer komplizierten Kompetenzverteilung zwischen EU- oder Gemeinschaftsebene und nationalstaatlicher Ebene. Viele Politikbereiche sind bereits vergemeinschaftet. Dazu zählen die Wettbewerbspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik, die Gemeinsame Handelspolitik sowie die Struktur- oder Regionalpolitik. Der gegenwärtig tagende Konvent über die Zukunft Europas (105 Mitglieder aus Kommission, EP, Mitgliedstaaten sowie Kandidatenländer) erarbeitet einen Verfassungsvertrag, der im ersten Teil die Grundrechtscharta (bereits verabschiedet auf dem Europäischen Rat von Nizza im Dezember 2000) enthalten soll und im zweiten Teil die einzelnen Politikbereiche. Dazu wird es notwendig sein, eine klarere Kompetenzaufteilung als bisher vorzunehmen (siehe Breuss, 2002a).

4.1 Wettbewerbsrecht

Der EG-Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten kann nur dann funktionieren, wenn als begleitende Kontrolle auch ein gemeinsames Wettbewerbsrecht für Chancengleichheit im Wettbewerb sorgt (siehe Martin, 2001, S. 125-142; Sauter, 2001, 187-2002). Diese Kompetenz nimmt die Europäische Kommission wahr. Sie wacht zum einen über die korrekte Vergabe von Beihilfen im Sinne der Gemeinsamen Regeln betreffend den Wettbewerb (Art. 81 bis 86 EGV über Kartelle und Art. 87 bis 89 EGV über Staatliche Beihilfen). Zudem gibt die Fusionskontrollverordnung (FK-VO) der Europäischen Kommission das Recht, Firmenzusammenschlüsse auf ihre Marktbeherrschung hin zu untersuchen. Die Zahl der internationalen Zusammenschlüsse innerhalb der EU hat seit Anfang der neunziger Jahre (1992 waren es 1434) ständig zugenommen und erreichte im Jahr 2002 einen vorläufigen Höhepunkt (4247 Fälle; 2001 3028 Fälle; siehe EU, 2001b, S. 9). Bis Ende 2001 wurden bei der Kommission im Rahmen der am 21. September 1990 in Kraft getretenen Fusionskontrollverordnung (VO (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21.12.1989, Abl. L 395 vom 30.12.1989, geändert durch VO (EG) Nr. 1310/97 des Rates vom 30.6.1997, Abl. L 180 vom 9.7.1997) insgesamt 1908 Fusionen angemeldet. Davon entfielen 53 nur teilweise oder gar nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung, und 77 wurden später zurückgezogen.

Nur 18 Fusionen – weniger als 1% aller Fälle – wurden untersagt (siehe EU, 2001, S. 16). Insgesamt ist auch in den drei Neuen die Zahl von Verbotsentscheidungen sehr gering (siehe den Wettbewerbsbericht der EU, 2002f, S. 65): in Österreich 1 Fall (Anteil der betroffenen Unternehmen 0.8%), in Finnland 1 Fall (1.2%) und in Schweden 4 Fälle (1.5%).

4.2 GAP

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) besteht schon seit 1962. Sie steuert quasi planwirtschaftlich den Agrarmarkt der EU. Ein EU-Beitritt bedeutet, dass die vormals national finanzierten Agrarmarktausgaben aus dem EU-Haushalt bestritten werden. Dazu gibt es für alle Produktkategorien Agrarmarktordnungen, die jeweils nach Reformüberlegungen angepasst werden (zuletzt nach dem Beschluss des Europäischen Rates vom März 1999 in Berlin über die Agenda 2000). Weitere Reformschritte wurden zwar von der Europäischen Kommission im Juli 2002 in ihrem Midterm-Review-Bericht (EU, 2002h) andiskutiert, vom Europäischen Rat in einer Sondersitzung zur Vorbereitung der EU-Erweiterung am 25.-26. Oktober 2002 in Brüssel allerdings auf die lange Bank (sprich bis 2007) verschoben.

In den drei Neuen weist die Landwirtschaft einen relativ geringen Anteil an der Gesamtwirtschaft auf und daher kommen sie in geringem Ausmaß in den Genuss von Agrarmitteln aus dem EU-Haushalt. Obwohl Finnland und Österreich etwa gleich viel Beschäftigte in der Landwirtschaft haben (rund 6% der Gesamtbeschäftigten), hat Österreich seit 1995 mehr aus dem EU-Haushalt bezogen. Das liegt auch daran, dass Österreich im Gegensatz zu Finnland und Schweden der Hauptnutznießer der neuen Mittelkategorie „ländliche Entwicklung“ ist (siehe Tabelle 9). Eine Aufteilung der Ausgaben aus dem EU-Haushalt für die Landwirtschaft für das Jahr 2001 (EU, 2002d, S. 115) zeigt, dass Österreich vom Gesamtkuchen dieser Ausgabenkategorien über alle 15 Mitgliedstaaten 2.5% ausschöpfte, Finnland 2% und Schweden 1.9%. Bei direkten Einkommensbeihilfen liegen alle drei Neuen ziemlich gleich auf (Österreich und Schweden jeweils 1.9%, Finnland 1.4%). Bei den Ausfuhrerstattungen liegen Finnland (2.3%) und Schweden (2%) voran, gefolgt von Österreich (1.4%). An Ausgaben für den ländlichen Raum dominiert Österreich (10.4%), gefolgt von Finnland (7.5%) und Schweden (3.5%). Ähnliches gilt für Mittel für die Lagerhaltung (Österreich 2.2%, Schweden 0.6% und Finnland 0.2%).

Tabelle 9: Beziehungen zum EU-Haushalt: Finnland, Österreich und Schweden

	Mill. Euro						
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Eigenmittel¹⁾							
Finnland	887.4	964.0	1061.9	1145.8	1210.7	1225.7	1233.2
Österreich	1762.9	1874.0	2110.4	2085.8	2053.7	2093.6	2091.0
Schweden	1658.3	1969.0	2326.0	2382.7	2348.8	2632.9	2337.7
Operative Ausgaben - gesamt²⁾							
Finnland	753.4	1052.0	1118.0	975.1	936.4	1396.3	1020.1
Österreich	902.3	1660.5	1386.8	1329.5	1242.0	1398.4	1403.3
Schweden	760.7	1312.5	1196.6	1343.7	1164.6	1214.5	1092.9
davon:							
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): EAGFL-Abeitlung Garantie:							
Finnland	63.3	649.2	570.6	576.4	560.0	727.8	815.8
Österreich	87.5	1214.1	861.3	843.2	844.4	1018.7	1052.6
Schweden	76.5	624.1	747.0	770.9	734.8	798.1	780.1
Strukturpolitische Maßnahmen:							
Finnland	173.8	155.9	379.9	256.8	252.7	542.6	83.6
Österreich	175.1	270.6	364.0	340.7	296.3	260.8	206.4
Schweden	125.6	132.7	230.6	375.8	287.4	232.2	135.6
Netto: Operativer Haushaltssaldo³⁾							
Finnland	-70.6	72.6	39.8	-102.4	-194.8	274.5	-150.4
Österreich	-788.0	-264.5	-779.8	-629.2	-628.8	-447.8	-536.4
Schweden	-673.6	-587.9	-1097.7	-779.9	-897.3	-1059.5	-973.3
in % des BIP							
Finnland	-0.08	0.08	0.04	-0.09	-0.17	0.22	-0.12
Österreich	-0.44	-0.15	-0.43	-0.34	-0.32	-0.22	-0.26
Schweden	-0.38	-0.30	-0.54	-0.38	-0.41	-0.45	-0.44

1) Eigenmittel (Zahlungen an den EU-Haushalt) bestehen aus:

- a) Traditionelle Eigenmittel = Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Erhebungskosten;
- b) MWSt-Eigenmittel; c) BSP-Eigenmittel.

2) Hier werden nur die beiden wichtigsten Ausgaben (GAP, Struktur) ausgewiesen. Daneben gibt es noch Ausgaben für interne Politikbereiche und Verwaltungsausgaben.

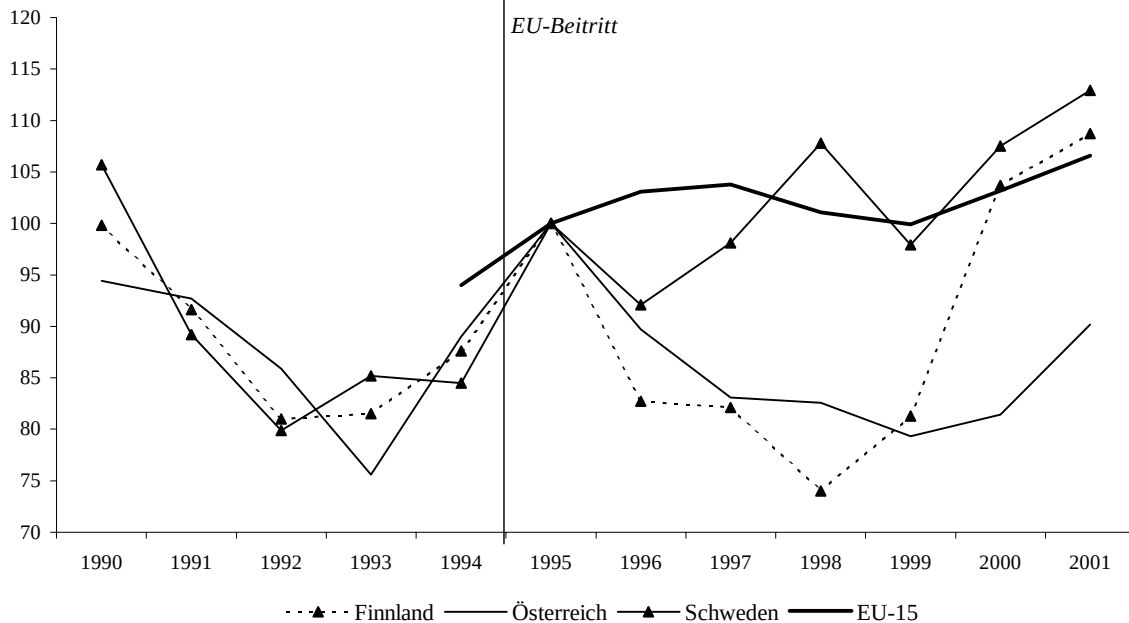
3) Positiv = Netto-Empfänger, negativ = Netto-Zahler.

Quelle: Aufteilung der operativen EU-Ausgaben 2001 nach Mitgliedstaaten, Europäische Kommission, Brüssel, September 2002c.

Die interessante Frage in diesem Zusammenhang ist, wie sich die landwirtschaftlichen Einkommen der drei Neuen seit dem Eintritt in die GAP entwickelt haben. Eine Auswertung der Europäischen Kommission ergibt folgendes Bild (siehe Abbildung 5): Der Index der Realeinkommen pro Kopf (Faktoreinkommen) ist im Jahresdurchschnitt 1995-2001 gegenüber der Periode 1990-1994 in Schweden um 13 und in Finnland um 2 Prozentpunkte gestiegen. In Österreich sank der Index der Realeinkommen im selben Zeitraum hingegen um rund einen Prozentpunkt. Vergleicht man nur den Index von 1995 mit jenem von 2001, so gab es in Schweden einen Realeinkommenszuwachs um 13 und in Finnland um 9 Prozentpunkte (oder einen jährlichen Anstieg von 2% bzw. 1.5%). In Österreich ist der Index dagegen um 10 Prozentpunkte gesunken (oder um 1.6% pro Jahr). Im selben Zeitraum stieg der Index in der

EU-15 um 7 Prozentpunkte (oder rum 1% pro Jahr). Das heisst, daß die drei Neuen von der Integration in die GAP ganz unterschiedlich profitierten.

Abbildung 5: Landwirtschaftliche Einkommen: Finnland, Österreich, Schweden und EU-15 (Reales Faktoreinkommen je Arbeitskraft; 1995=100)



Quelle: Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit im Jahr 2001: Europäische Union und Beitrittsländer, Europäische Kommission und Eurostat, Themenkreis 5: Landwirtschaft und Fischerei, Ausgabe 2002.

4.3 Strukturpolitik

Die Strukturpolitik der EU hat zum Ziel, den „... wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern“ (Art. 2 EGV). Angesprochen sind daher von der Strukturpolitik vorrangig die ärmeren Länder. Bei den drei Neuen handelt es sich um reiche Länder mit relativ geringen Strukturproblemen. Dennoch haben auch sie sich bei den Beitrittsverhandlungen bemüht, unter dem Titel Strukturpolitik ein optimales Ergebnis zu erzielen. In Österreich schlug sich dies darin nieder, dass das Burgenland zum Ziel-1-Gebiet mit höchster Förderwürdigkeit erklärt wurde (Kriterium ist ein BIP pro Kopf von weniger als 75% des EU-Durchschnitts). Finnland und Schweden (zusammen mit Norwegen) erkämpften sich ein neues Zielgebiet (Ziel-6: subarktische Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte). Nach der Reform der Strukturpolitik im Rahmen der Agenda 2000 wurden der Zielkatalog ab 2000 von sechs auf drei reduziert: Ziel-1 blieb erhalten, Ziel-2 gilt für industrieschwache Regionen und Ziel-3 für Arbeitsmarktaufgaben. Das ehemalige Ziel-6 wurde in Finnland und Schweden in das Ziel-1 herübergerettet.

Die Auswertung der operativen Ausgaben ergibt, dass die drei Neuen die Transfers aus dem EU-Haushalt unter dem Titel strukturpolitischen Maßnahmen grundsätzlich ziemlich gleichmäßig ausschöpften. In den einzelnen Jahren lag jeweils ein anderes Land voran, zuletzt im Jahr 2001 erhielt Österreich am meisten (siehe Tabelle 9).

Eine prozentuelle Aufteilung der strukturpolitischen Maßnahmen (für das Jahr 2001) zeigt (EU, 2002c, S. 115), dass Finnland mit 0.4%, Österreich mit 0.9% und Schweden mit 0.6% an den Gesamtausgaben des EU-Haushalt in dieser Kategorie partizipierten. Aufgeschlüsselt nach Zielgebieten, liegt Österreich bei Ziel-2 voran (2.7% gegenüber 0.7% in Finnland und 0.9% in Schweden), Schweden bei Ziel-3 (4.4%; Österreich 3.9% und Finnland 1%). Bei Ziel-1 liegen Finnland und Österreich mit je 0.2% gleich auf, Schweden erhielt 0.1%. Bei innovativen Maßnahmen und technischen Hilfen dominiert wiederum Schweden (3.7%) vor Finnland (2%) und Österreich (1.7%). An Gemeinschaftsinitiativen ist Österreich stärker beteiligt (1.8%) als Finnland und Schweden (jeweils 0.9%).

4.4 EU-Budget – Nettozahler

Aus der Differenz von Eigenmittel, die die Mitgliedstaaten der EU im Ausmaß von maximal 1.27% des BSP an den EU-Haushalt leisten müssen (siehe Tabelle 9), und operativen Ausgaben – wovon jene für die GAP und die Strukturpolitik dominieren – ergibt sich der operative Haushaltssaldo. Österreich und Schweden sind Netto-Zahler im Ausmaß von rund ½% des BIP, während Finnland im Durchschnitt eine ausgeglichene Position aufweist. Die Netto-Haushaltsposition ist Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsrechnung. Bei Netto-Zahlern verringert sich dementsprechend die Wohlfahrt, bei Netto-Empfängern steigt sie.

5. In und außerhalb der WWU

Zwei Ins und ein Pre-In

Von den drei neuen Mitgliedern nehmen nur Finnland und Österreich an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) seit Beginn der dritten Stufe am 1. Jänner 1999 teil. Schweden wollte aus politischen Überlegungen und auch basierend auf einer ökonomischen Studie von Calmfors et al. (1997) – die argumentierte, dass der schwedische Konjunkturzyklus stärker mit Großbritannien und den USA korreliert als mit dem Rest von EU-Europa - nicht an der WWU teil. Als Voraussetzung für den Eintritt in die WWU war die Erfüllung der Konvergenzkriterien, wie sie der Vertrag von Maastricht festlegte. Nach Überprüfung durch die Europäische Kommission (EU, 1998) und des EWU (1998) im März 1998 haben Finnland

und Österreich alle Kriterien (Inflationsrate, Budgetkriterien – Defizit und Schuldenstand; Zinssätze und Teilnahme am WKM des EWS ohne Abwertungen gegenüber Mitgliedstaaten) erfüllt. Im Gegensatz zu Österreich (seit dem 9. Jänner 1995) und Finnland (seit dem 14. Oktober 1996), die kurz nach dem EU-Beitritt dem WKM beigetreten sind, ist Schweden diesem niemals beigetreten und hat daher eines der fünf Konvergenzkriterien nicht erfüllt. Schweden ist auch nicht dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) beigetreten, der dafür vorgesehen war, dass die nicht an der WWU teilnehmenden Länder (Anfangs vier EU-Mitgliedstaaten, seit dem Beitritt Griechenlands am 1.1.2001 nur noch Dänemark, Großbritannien und Schweden), ihre Wechselkurse in relativ engen Bandbreiten (maximal +/- 15%) an die Entwicklung des Euro binden sollten. Da die Teilnahme am WKM II auf Wunsch der Briten nicht verpflichtend verankert wurde, traten ihm nur Dänemark und Griechenland bei. Die Teilnahme sollte verhindern, dass über unfaire Abwertungen der WWU-outs der EG-Binnenmarkt gestört würde.

Die schwedische Krone hat gegenüber dem Euro zunächst aufgewertet (seit Anfang 1999 bis Frühjahr 2000 um rund 15%), dann wieder abgewertet (seither bis Herbst 2001 um rund 18%) und dann wieder aufgewertet (um rund 8% bis Ende 2002). Insgesamt wertete die Schwedische Krone seit Anfang 1999 um rund 4% gegenüber dem Euro auf. Die relative Wettbewerbsfähigkeit Schwedens war, gemessen am realen effektiven Wechselkurs (relative Lohnstückkosten in USD gegenüber 22 Industrieländern), seit Beginn der WWU großen Schwankungen unterworfen. Sie hat sich laut Prognose der Europäischen Kommission (EU, 2002e) 1999 um 4.1% verbessert (reale Abwertung), im darauf folgenden Jahr um 3.3% verschlechtert (reale Aufwertung) und im Jahr 2001 sich wieder deutlich (um 6.9%) verbessert (reale Abwertung). Im Gegensatz dazu hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in den beiden WWU-Ländern Finnland und Österreich einheitlicher entwickelt. In Österreich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in allen drei Jahren seit Beginn der WWU verbessert (reale Abwertung; 1999 –1.7%, 2000 –4.5%, 2001 –0.5%), in Finnland gab es in den beiden ersten Jahren eine Verbesserung (1999 –2.5%, 2000 –6.8%) und im Jahr 2001 wieder eine Verschlechterung (reale Aufwertung; +3.4%).

Wirtschaftspolitik in der WWU

Die WWU ist ein wirtschafts- und währungspolitisches System, das auf einer ausgeprägten Asymmetrie basiert (siehe Breuss, 2002a): Für die Geldpolitik ist die Europäische Zentralbank (EZB), für die anderen Bereiche der Wirtschaftspolitik (vor allem die Fiskalpolitik) sind nach

wie vor die Mitgliedstaaten zuständig. Das macht eine Koordination notwendig. Die Koordination der Wirtschaftspolitik läuft auf verschiedenen Ebenen und im Rahmen zahlreicher Prozesse ab. Ein wichtiges Instrument der Koordination und Überwachung ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP). Mitglieder der WWU (Finnland und Österreich) haben in der Geld- und Wechselkurspolitik den Freiheitsgrad verloren bzw. die Kompetenz an die EZB übertragen. Die Nichtmitglieder der WWU (z.B. Schweden) können weiterhin eine eigenständige Geld- und Wechselkurs betreiben. Die Wirtschaftspolitik (worunter vorwiegend Fiskalpolitik verstanden wird) ist allerdings „... eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat ...“ (Art. 99 Abs. 1 EGV). Das heißt, dass auch die Nichteilnehmer der WWU zu gemeinsamen Zielen verpflichtet sind. Das sieht man daran, dass im Rahmen des multilateralen Überwachungsprozesses der Fiskalpolitik die Euro-Teilnehmerländer jährlich Stabilitätsprogramme und die Nichteilnehmer Konvergenzprogramme vorlegen müssen, in denen sie ihre mittelfristigen Budgetpläne der Europäischen Kommission vorlegen, die dann vom ECOFIN-Rat genehmigt werden müssen.

Allerdings gibt es im institutionellen Gefüge der Euro-Zone Unterschiede für die „Ins“ und „Pre-Ins“. Während erstere im provisorischen Euro-Rat, der dem offiziellen ECOFIN-Rat vorgeschaltet ist und alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Eurozone vorweg abklärt vertreten sind, sind die „Pre-Ins“ von diesen Vorbesprechungen ausgeschaltet. Die „Pre-Ins“ sind auch nicht im Rat der EZB vertreten, der die Geldpolitik zentral für die Eurozone bestimmt, sondern nur im Erweiterten EZB-Rat (Art. 45 des Protokolls des EU-Vertrags über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank), der eine eingeschränkte Mitentscheidungsbefugnis hat (z.B. bei der Statistik!). Dem Vorteil der Autonomie in der Geld- und Wechselkurspolitik steht der erhebliche Nachteil des Ausschlusses von wesentlichen Entscheidungsgremien der Eurozone gegenüber.

Nach dem erfolgreichen Start der Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel am 1. Jänner 2002 überlegen sich die „Pre-Ins“ neuerlich, ob sie nicht bald der Eurozone beitreten möchten. In jüngster Zeit hat sich die sozialdemokratische Partei mit großer Mehrheit für ein Referendum über den Beitritt zur Eurozone gestimmt. Die Abstimmung ist für Herbst 2003 geplant (siehe Neue Zürcher Zeitung, 18.11.2002, S. 6).

Wo bleibt die Euro-Dividende?

Es ist noch zu früh, darüber ein Urteil abzugeben, ob und inwieweit die WWU zu einer Vereinheitlichung des europäischen Konjunkturzyklus geführt hat (siehe Argumente in Breuss, 2000b). Wäre dies der Fall, so würde ein ökonomisches Argument des Calmfors-Berichts (Calmfors et al., 1997) wegfallen, dass die Vorbedingung für die erfolgreichen Teilnahme an der WWU das Vorliegen einer engen konjunkturellen Verflechtung sein muss, denn dann würde die WWU-Teilnahme zwangsläufig dazu führen (Hypothese der „endogenen Optimum Currency Area (OCA)“; siehe Frankel-Rose, 1998). Allerdings scheinen auch die von Rose (2000) postulierten Handelsgewinne einer Teilnahme an einem Fixwechselkursystem (Währungsunion) weit übertrieben zu sein. Auf jeden Fall scheinen die von ihm mittels Gravitätsschätzansatz für 186 Länder für die Periode 1870-1990 abgeleitete Zunahme des Intra-Eurozone-Handels bis zum drei- oder vierfachen (bisher) in der Eurozone ausgeblieben zu sein. Die Rose-Schätzungen wurden von Persson (2001) stark kritisiert (eine Replik darauf von Rose, 2001). Er kommt auf Handelseffekte durch eine Währungsunion von nur 40% - was immer noch eine immense Steigerung bedeuten würde.

Eine makroökonomische Untersuchung der Vor- und Nachteile der Teilnahme an der WWU mittels Simulationen mit einem Weltmakromodell von Oxford Economic Forecasting (OEF), brachte folgende Ergebnisse (siehe Breuss, 1997): Für Hartwährungsländer (dazu werden die Länder gezählt, die ihre Währungen in der Vergangenheit mehr oder weniger eng an die DM gebunden hatten – wie z.B. Österreich) sind die Vorteile einer Teilnahme an der WWU größer als für die Weichwährungsländer (wozu auch Finnland und Schweden gezählt wurden, da sie bis Mitte der neunziger Jahre starke Wechselkursschwankungen aufwiesen; damals wurde sowohl für Finnland als auch Schweden angenommen, dass sie an der WWU teilnehmen). Im konkreten hätte demnach für Österreich der Zuwachs des realen BIP nach fünf Jahren in der WWU kumuliert 2.2 Prozentpunkte ausgemacht (in Hartwährungsländern insgesamt +1.9%, in Weichwährungsländern +1.4%, in der EU im Durchschnitt +1.7%). Dahinter stehen mehrere WWU-Effekte: zum einen die Reduktion der Transaktionskosten (Wegfall des Währungsumtausches), zum anderen mehr Wettbewerb im Finanzsektor (Wegfall der nationalen Segmentierung), Vorteile aus der Wechselkursstabilität und ein Wachstumseffekt à la Baldwin (Anstieg der gesamten Faktorproduktivität).

6. Integrationseffekte ex ante und ex post

Von der Schwierigkeit, Integrationseffekte zu isolieren

Die europäische Integration spielt sich nicht eindimensional ab. Während die EU-Integration immer weiter schreitet und mit der Schaffung der WWU mit der Einheitswährung Euro einen hohen ökonomischen Reifegrad erreicht hat, geht die Erweiterung munter weiter. Zunächst werden im Jahr 2004 10 neue Mitglieder – vorwiegend aus Mittel- und Osteuropa aufgenommen, dann könnten die Staaten des Balkans folgen und letztlich die Türkei! Diese zeitliche Komplexität macht es schwierig, Integrationseffekte für einzelne Mitgliedstaaten der EU „herauszurechnen“. Lediglich in der Zeit seit dem EU-Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens sind folgende Prozesse innerhalb und außerhalb der EU abgelaufen. Innerhalb der EU ist 1993 gerade der Binnenmarkt geschaffen worden, dessen Umsetzung erst schrittweise erfolgte. Im Jahr 1998 erfolgte die Prüfung der Teilnahmefähigkeit der EU-Mitgliedstaaten für die kommende WWU (Erfüllung der Konvergenzkriterien), die zu einer Harmonisierung der Zinspolitik und einer generellen Anstrengung zur Reduktion der Budgetdefizite zwang, was mit nicht unerheblichen Auswirkungen auf den realen Sektor der Volkswirtschaften verbunden war. 1999 startete die WWU mit 11 EU-Mitgliedstaaten, der Griechenland im Jahr 2001 beiträt. Außerhalb der EU hat sich seit der Ostöffnung 1989 der Handel zwischen EU und den MOEL stark intensiviert – vorrangig in jenen Staaten, die bereits vorher enge Handelsbeziehungen mit den MOEL hatten, wie Finnland und Österreich, etwas weniger in Schweden. Die handelspolitischen Integrationseffekte durch den EU-Beitritt hat sich somit in den drei Neuen stark mit einer starken Zunahme der Handelsaktivität mit den MOEL überlagert. Zudem kommt noch der Einfluss des weltweiten Konjunkturzyklus, der 1993 zu einer Rezession in der EU und seither zu einer Konjunkturerholung führte, allerdings – im Vergleich zu den USA – mit bescheidenen Wachstumsraten. Seit 1991 steckt die Triade (USA, EU, Japan) gemeinsam in einer Rezession bzw. in einer hartnäckig schwachen Konjunkturphase.

Diese Skizzierung der komplexen ökonomischen Realität lassen erahnen, dass schon eine Prognose (ex ante Evaluierung) von Integrationseffekte auf Grund von theoretischen Erwartungen schwierig ist, dass aber eine nachträgliche (ex post) Quantifizierung von Integrationseffekte infolge eines Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft fast noch viel ambitiöser ist.

Erwartungen ex ante - Integrationstheorie

Die Theorie der regionalen Integration ist gut entwickelt und erlaubt mittels numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen (CGE-Modellen) oder makroökonomischen Modellen ex ante relativ klare Aussagen zu machen. Baldwin-Venables (1995, S. 1601) haben eine Prototyp-Gleichung abgeleitet, die alle denkbaren Integrationseffekte (Ableitung der Wohlfahrtseffekte aus einer indirekten Nutzenfunktion) im Falle einer regionalen Integration (wenn Länder einer Integrationsgemeinschaft beitreten) auftreten könnten. Hier wird diese Gleichung hinsichtlich der Integrationseffekte in Finnland, Österreich und Schweden anlässlich des EU-Beitritts interpretiert:

$$(1) \quad dV / V_E = \alpha t dm - m d[t - \alpha] - m dp \\ + [p + t - \alpha] dX - X a_x + (V_n / V_E) dn \\ + (\tilde{r} / \rho - 1) dI .$$

Die Veränderung der Wohlfahrt (dV) eines repräsentativen Konsumenten relativ zum Grenznutzen der Konsumausgaben (V_E) hängt theoretisch von sieben Teilintegrationseffekten ab:

- a) *Traditionelle Handelseffekte* bei vollständiger Konkurrenz: Der rechte Teil in der ersten Zeile von Gleichung (1) enthält die Handelseffekte, bestehend aus drei Untereffekten: 1) einem *Handelsvolumeneffekt (HV)*: $\alpha t dm$, dabei bedeuten: t den Vektor der Handelskosten (Zölle, NTBs), m den Vektor der Netto-Importe (+ = Importe) und $\alpha = 1$ Zolleinnahmen im Inland; $\alpha = 0$ Handelsbarrieren, wenn keine Renten (Zolleinnahmen) im Inland anfallen; 2) einem *Handelskosteneffekt (HK)*: $-md[t - \alpha]$ und 3) einem *Terms-of-Trade-Effekt (TOT)*: $-mdp$; wobei p der Vektor der Preise an der Grenze ist.

Der HV-Effekte würde nur zum Tragen kommen, wenn es noch Zölle zwischen den drei Neuen und der EU vor Eintritt in die EU gegeben hätte (im Falle einer echten Zollunion würden durch den Eintritt in die Zollunion mit gemeinsamem Außenzoll dann handelsschaffende – trade creation – und handelsumlenkende – trade diversion – Effekte auftreten). Tatsächlich waren die Zölle bereits vorher durch die Freihandelsabkommen von 1972 (EFTA-EG) eliminiert ($t = 0$). Daher spielen beim Eintritt in den Binnenmarkt nur mehr die HK-Effekte eine Rolle in Form von Handelsbarrieren und noch bestehenden NTBs eine Rolle (daher gilt $\alpha = 0$) und es ist nur noch der Ausdruck $-mdt$ relevant. Durch den EU-Beitritt steigt die Wohlfahrt dadurch, dass die (zolläquivalenten) Handelsbarrieren (Handelskosten durch Grenzkontrollen) wegfallen. Da es sich bei den drei Neuen um kleine Länder handelt, die die Weltmarktpreise und dadurch die Terms of Trade nicht beeinflussen

können, fällt auch der TOT-Effekt weg (dritter Ausdruck auf der rechten Seite von Gleichung (1) in der ersten Zeile: $dp = 0$).

b) *Moderne Integrationseffekte* bei unvollständiger Konkurrenz: Die zweite Zeile von Gleichung (1) enthält drei Integrationseffekte, die in der modernen Außenhandelstheorie vorkommen: 1) einen *Produktionseffekt* (PE): $[p + t - a]dX$, wobei der Klammerausdruck dem Gewinn entspricht, also Erlös $p + t$ minus Kosten a ; dX ist die Veränderung des Produktionsvektors; 2) einen *Economies-of-Scale-Effekt* (EOS): $-Xa_x dx$; a_x sind die Durchschnittskosten (Faktorpreise für Kapital und Arbeit) im Sektor x und 3) einen *Produktvariationseffekt* (VE): $(V_n / V_E)dn$, wobei V_n der Grenznutzen einer Produktvariante n ist.

Der Beitritt zum Binnenmarkt kann theoretisch alle drei Untereffekte aufweisen. Zum einen führt der Binnenmarkt zu einer Produktionsausweitung (PE-Effekt), zum anderen initiiert der zunehmende Handel im EG-Binnenmarkt mehr intra-industriellen Handel, der wiederum durch unvollständige (monopolistische) Konkurrenz erklärbar ist. Integration in einen größeren Markt erlaubt die Ausnützung von EOS-Effekten. Einem Anstieg marktbeherrschender Stellungen könnte der Pro-competitive-Effekt des zunehmend stärkeren Intra-EU-Handels entgegenwirken (Verlust von Monopolstellungen). Wenn der Binnenmarkt sein Ideal eines vollständig fairen Marktes verwirklichen könnte, würden allerdings im Industriegleichgewicht die Kosten gleich den Preisen sein und sowohl der PE- als auch der EOS-Effekt würden wegfallen und nur noch der VE-Effekt würde übrig bleiben. Die Teilnahme am großen Binnenmarkt kann zum einen zu einer Produktionsverlagerung in den Binnenmarkt führen und zum anderen zur Aufrechterhaltung vorübergehender produktbezogener Monopolstellungen zu einer stärkeren Produktdifferenzierung und daher zu einer Zunahme der Produktvarianten (VE-Effekt). Wie hoch dieser Effekt ist, ist empirisch schwer feststellbar. Die Hypothese von Casella (1996), dass kleine Länder mehr von Eintritt in eine Integrationsgemeinschaft gewinnen als große Länder, weil erstere stärkere Skaleneffekte lukrieren können sollten, ist zwar plausible, empirisch aber nicht eindeutig beweisbar (siehe Badinger-Breuss, 2002).

c) *Akkumulations- oder Wachstumseffekte* (AE): $(\tilde{r} / \rho - 1)dI$, wobei $\tilde{r}$ die soziale Ertragsrate des Faktors Kapital und ρ der Diskontsatz sind; I sind die Investitionen (dritte Zeile von Gleichung (1)). Die große Frage bei allen Integrationsschritten ist, ob Integration auch zu mehr Wirtschaftswachstum führt. Dies ist der Fall, wenn sie die Erträge von Investitionen in Sach- oder Humankapital erhöht. Eine weitere Frage ist, ob

die dynamischen oder Wachstumseffekte nur kurzfristig sind oder langfristig (permanent) sind. Im ersten Fall kommt es anlässlich des Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft zu einem schockartigen Anstieg im Niveau z.B. des realen BIP (einmaliger Wachstumsschub) und in der Folge zu einer normalen Weiterentwicklung. Im zweiten Fall würde Integration bedeuten, dass permanent die Wachstumsraten des realen BIP höher sind als zuvor (höheres „steady-state“ Wachstum). Die Teilnahme am Binnenmarkt führt auch zu Investitionsbeschaffung und –ablenkung. Während neue Mitglieder attraktiv für ausländische Direktinvestitionen (FDI) werden, erlebt die Rest-EFTA eine Investitionsablenkung. Langfristig könnte ein EU-Beitritt über technische spill-overs zu mehr Wachstum führen (Coe-Helpman, 1995), entweder als Folge des zunehmenden Intra-EU-Handels oder dadurch, dass der wissenschaftliche Austausch staatlich gefördert wird (EU-Rahmenprogramme) und dadurch mehr Ausgaben in Forschung und Entwicklung (F&E) ermöglichen, wodurch indirekt wieder das Wachstum langfristig stimuliert werden kann. Die Frage von Standorteffekten durch einen EU-Beitritt könnten auch mittels des modernen Zweigs der Economic Geography (Krugman, 1991; Baldwin-Venables, 1995, S. 1619) analysiert werden, wobei dieser Zweig der Handelstheorie empirisch noch wenig ausgelotet ist.

Die wenigsten CGE- und Makromodelle erlauben die Quantifizierung aller dieser theoretisch denkbaren Integrationseffekte. Am nächsten kommt diesem theoretischen neoklassischen Idealbild noch das dynamische CGE-Modell von Keuschnigg-Kohler (1996). Es gab vor und kurz nach dem Beitritt zur EU in den drei neuen Mitgliedstaaten zahlreiche Studien über die möglichen Integrationseffekte dieses Schrittes (für Länderüberblicke siehe Widgren (1999) für Finnland, Breuss (1995, 1996, 1999a) für Österreich und Dahl (1999) sowie Kokko (1994) für Schweden). Daneben gab es Studien, die mittels CGE-Modellen die Integrationseffekte in der EFTA studierten (z.B. Norman, 1989) oder jene von EU und EFTA verglichen (siehe Haaland, 1993). Die wichtigsten Ergebnisse für Finnland, Österreich und Schweden sind in Tabelle 10 zusammengefasst.

Tabelle 10: Integrationseffekte ex ante: Finnland, Österreich und Schweden

	Finnland	Österreich	Schweden
	Netto-Wohlfahrtseffekte in % des BIP		
Flam (1995; S. 465)	0.86	0.08	0.22
Keuschnigg-Kohler (1996, S. 187)	1.00	1.18	0.59
	Kumuliertes reales BIP		
Alho et al. (1996) und Widgren (1999, S. 83)	4.2	-	-
<i>Permamentente Effekte</i>			
Breuss-Kratena-Schebeck (1994; S. S27)	-	2.8	-
<i>Effekte nach 6 Jahren</i>			
Keuschnigg-Kohler (1996, S. 169)	-	1.9	-
<i>Langfristige Effekte</i>			

Alle diese Studien erwarteten zum einen vom EU-Beitritt der drei Neuen relativ viel, zum anderen waren die quantitative Ergebnisse doch recht unterschiedlich. Während die Ergebnisse für Österreich sowohl von Breuss-Kratena-Schebeck (1994) mit einem verknüpften Makro-Input-Output-Modell und jenes von Keuschnigg-Kohler (1996) mit einem dynamischen Mehrsektoren-CGE-Modell durchsimuliert wurden, sind die Ergebnisse für die anderen Länder relativ primitive Ableitungen aus vermuteten Handels-, Preis- und Konkurrenzeffekten (z.B. Flam, 1995 und auch Keuschnigg-Kohler, 1996 für Finnland und Schweden – nur abgeleitet aus den Modellelastizitäten des Österreichmodells!).

Erfahrungen ex post – Ein Integrationsmodell

Obwohl schon die Integrationstheorie reichlich viele Effekte diagnostiziert, scheint es – wie bereits eingangs angesprochen –, als ob es noch relativ leichter wäre, ex ante Integrationseffekte zu behaupten, als sie dann nachträglich zu verifizieren oder zu falsifizieren. Ein erster Versuch für Österreich (Breuss, 1999b, 2000a), die ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft zu quantifizieren und mit ex-ante-Schätzungen zu vergleichen, hat ergeben, dass die Erwartungen nahezu eingetroffen sind.

Nach der Beschreibung der wirtschaftlichen Entwicklung anhand wichtiger Eckdaten der drei Neuen in der EU in den vorangegangenen Kapiteln und dem Versuch, aus Vergleichen der Vor- und Nachbeitrittsperioden Schlüsse auf Integrationswirkungen zu ziehen, wird nun mit einem einheitlichen Modellansatz geschätzt, wie sich die verschiedenen Kanäle der Integration in den drei Ländern ausgewirkt haben. Für alle drei Länder wird das gleiche Modell (ein stark angebotsseitiges kleines Makromodell) entwickelt und die dazu notwendigen Gleichungen jeweils ökonometrisch für jedes Land geschätzt (siehe Anhang). Die Integrationseffekte werden dann mittels Simulationen ermittelt.

Das Integrationsmodell geht von der Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 aus und lässt im zeitlichen Verlauf die Quantifizierung folgender Effekte zu:

1) *EG-Binnenmarkt – Mitnahmeeffekte seit 1993:*

- a) *Mehr BIP-Wachstum in der EU:* Hier wird unterstellt, dass der Binnenmarkt das reale BIP in der EU um jährlich 0.2 Prozentpunkte gesteigert hat. Dieser Wert wird aus der Studie von Badinger (2001) abgeleitet. Die Europäische Kommission hatte in ihrem Cecchini-Bericht leicht höhere BIP-Effekte unterstellt. Catinat-Donni-Italianer (1988), ermitteln einen kumulierten Zuwachs des realen BIP der EU nach sechs Jahren von 4.5%. Durch diese Annahme erhöhen sich in unserem Modell lediglich die Exporte in die EU.
- b) *Mehr Wettbewerb im Finanzsektor seit 1993:* Der Binnenmarkt, stärker erst die WWU hat zu einem stärkeren Wettbewerb im Finanzsektor geführt. Hier wird unterstellt, dass dadurch die langfristigen Nominalzinssätze in Deutschland jährlich um 0.1% gesunken sind. Dies führte in unserem Modell auch zu einem Rückgang der Zinssätze in den drei Neuen, was die Kapitalbildung begünstigte und einen leicht positiven Impuls auf das reale BIP hatte.
- c) *Generell mehr Wettbewerb im Binnenmarkt seit 1993:* Der Cecchini-Bericht (siehe Catinat et al., 1988) hat unterstellt, daß der stärkere Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt die Verbraucherpreise über sechs Jahre kumuliert um sechs Prozentpunkte sinken lässt, was sich auch in niedrigeren Exportpreisen im Ausmaß von 5 ½% niederschlagen müsste. Hier wird unterstellt, dass sich diese Exportpreisdämpfung in einem Rückgang der Importpreise in den drei Neuen im Ausmaß von 0.5% pro Jahr niedergeschlagen hat. Durch die niedrigere importierte Inflation sinkt auch das Preisniveau im Inland, was sich in einer Reduktion der Verbraucherpreise niederschlägt

2) *EWR-Effekte seit 1994:*

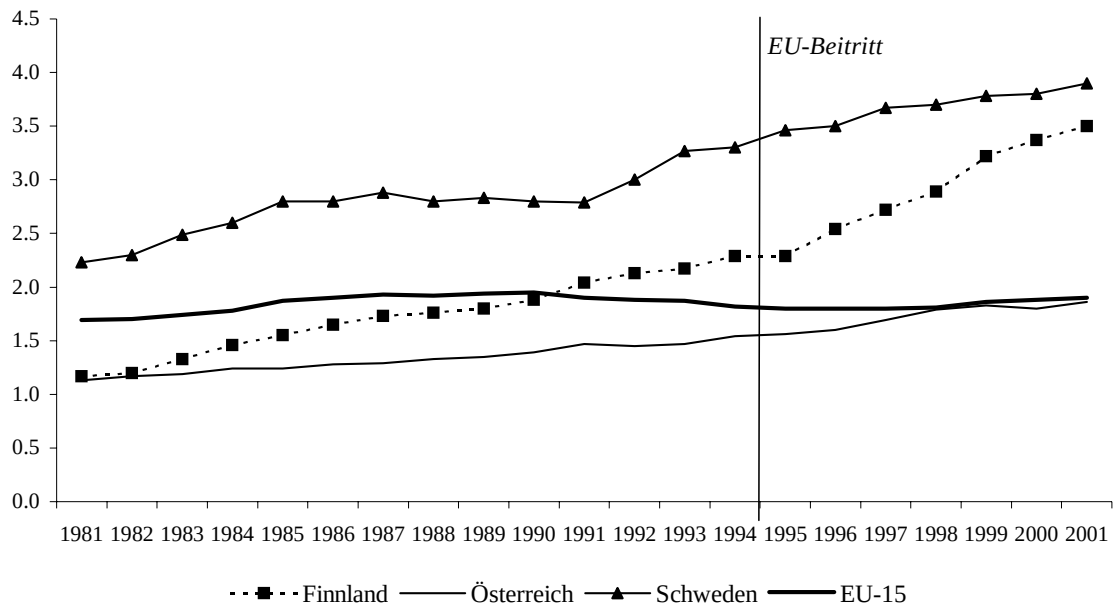
Alle drei Neuen nahmen 1994, als sie noch Mitglieder der EFTA waren, am EWR teil. Neben den postulierten vier Freiheiten, die das EWR-Abkommen vorsah (aber nur unvollständig verwirklicht wurde), wurde vor allem die Wettbewerbspolitik vereinheitlicht. Hier wird unterstellt, dass dies bereits vor dem EU-Beitritt zu einer Stärkung des preislichen Wettbewerbs geführt hat. Dieser Effekt wird dadurch eingefangen, dass der Monopolaufschlag (mark-up) in der Preisgleichung verändert wurde. Daraus resultiert eine Veränderung der relativen Faktorpreise. Daraus ergibt sich eine Senkung der Inlandspreise, was sich positiv auf die real verfügbaren Einkommen (Konsumentenwohlfahrt) auswirkte.

Wie groß dieser Konkurrenzeffekt ist, ist empirisch schwer zu erfassen. Hier wurde unterstellt, dass der mark-up seit 1994 um 15 Prozentpunkte gesunken ist.

3) *EU-Beitritt 1995:*

- a) *Handelseffekte:* Sowohl 1994 als auch 1995 kam es im Handel mit der EU sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite zu starken Zuwächsen, die sich dann rasch auf normalen Wachstumsraten einpendelten. Hier wird sowohl in der Gleichung für die realen Exporte in die EU als auch die realen Importe aus der EU jeweils eine Integrationsvariable verwendet, die Badinger (2001) für seine Wachstumsschätzungen verwendete. Seit 1994 teilweise und voll seit 1995 wird dabei berücksichtigt, dass der Wegfall der Grenzkontrollen zu einer Senkung der Handelskosten von rund 5% geführt hat. In den Simulationen wird davon ausgegangen, dass die Handelskosten nicht gesenkt worden wären. Dadurch kann man den sprunghaften Anstieg von Exporten und Importen am Beginn des EU-Beitritts einfangen. Allerdings klangen diese Effekte rasch ab, sodass daraus nur zu Beginn leicht positive BIP-Effekte resultierten.
- b) *Endogenes Wachstum durch mehr F&E-Aufwendungen:* Das hier konzipierte Integrationsmodell mit einer Produktionsfunktion endogenisiert den technischen Fortschritt nach der Methode von Coe-Helpman (1995). Das heißt, dass die Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität durch die Arbeitsproduktivität und durch Aufwendungen für F&E im eigenen Land und durch spill-overs von der EU erklärt wird. Die F&E spill-overs ergeben sich dadurch, dass die F&E-Quote der EU mit dem modellendogen bestimmten Anteil der Importe aus der EU multipliziert werden. In den Simulationen wird nun unterstellt, dass durch die Teilnahme als EU-Mitglied an den Rahmenprogrammen der EU die F&E-Quote in den drei Neuen mehr gesteigert werden konnten, als dies ohne EU-Mitgliedschaft der Fall gewesen wäre (siehe Abbildung 6). Es wird daher unterstellt, dass der Zuwachs außerhalb der EU milder gewesen wäre als er tatsächlich war. Daraus resultieren kräftige Integrationseffekte für das BIP.

Abbildung 6: Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E): Finnland, Österreich und Schweden (F&E in % des BIP)



Quelle: OECD, Main Science and Technology Indicators; SourceOECD

c) *FDI-Einstrom aus der EU:* Der EU-Beitritt hat natürlich den Standort der drei Neuen deutlich verbessert. Es ist seit 1995 zu massiven Zuströmen an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) aus der EU (aber nicht nur von dort) gekommen. Die FDI-Statistiken der OECD und der UNCTAD weisen erhebliche Unterschiede auf. Für unsere Berechnungen wurden die OECD-Daten verwendet (siehe Tabelle 11). Hier wird unterstellt, dass dadurch die Kapitalbildung beschleunigt und daher Wachstumseffekte erzielt wurden. Es wird unterstellt, dass ein Nichtbeitritt zur EU eine schwächere FDI-Dynamik zur Folge gehabt hätte. Als Folge davon kommt es zu nicht unerheblichen BIP-Effekten, am stärksten in Finnland.

d) *Netto-Zahlerposition vis à vis dem EU-Haushalt:* Die Netto-Zahlungen in % des BIP (siehe Tabelle 9) werden hier als negative Wohlfahrtseffekte vom BIP pro Kopf abgezogen. Sie sind immer negativ für Österreich und Schweden, und nahezu Null in Finnland.

Tabelle 11: Ausländische Direktinvestitionen (FDI): Finnland, Österreich und Schweden

	1990	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
FDI in % des BIP									
Finnland									
<i>FDI-hinaus:</i>									
EU (OECD)	4.17	12.14	3.84	7.90	11.48	54.25	14.00		
Welt (OECD)	7.14	13.21	3.85	9.72	16.15	58.63	21.72	91.25	
Welt (UNCTAD)	2.32	4.30	1.16	2.82	4.31	1.45	5.15	19.87	6.01
<i>FDI-herein:</i>									
EU (OECD)	1.82	3.56	1.62	3.43	5.12	36.37	14.45		
Welt (OECD)	2.17	4.85	2.73	3.00	6.46	38.18	15.14	33.54	
Welt (UNCTAD)	0.70	1.58	0.82	0.87	1.73	9.41	3.59	7.31	2.99
Österreich									
<i>FDI-hinaus:</i>									
EU (OECD)	0.54	0.45	0.32	0.50	0.84	1.37	1.04	0.66	
Welt (OECD)	1.38	1.02	0.85	1.52	1.81	2.53	3.17	3.72	
Welt (UNCTAD)	1.01	0.60	0.48	0.84	0.97	1.30	1.57	3.04	1.57
<i>FDI-herein:</i>									
EU (OECD)	0.37	0.50	0.82	3.02	1.53	4.48	2.14	9.44	
Welt (OECD)	0.55	1.12	1.43	3.49	2.41	4.18	2.86	10.43	
Welt (UNCTAD)	0.40	0.66	0.81	1.91	1.29	2.15	1.42	4.68	3.13
Schweden									
<i>FDI-hinaus:</i>									
EU (OECD)	12.08	4.47	2.08	1.04	2.07	15.57	10.55	34.91	0.58
Welt (OECD)	16.01	9.48	14.67	5.74	17.71	35.53	33.23	68.18	14.51
Welt (UNCTAD)	6.19	3.24	4.67	1.78	5.29	10.17	9.04	17.72	3.42
<i>FDI-herein:</i>									
EU (OECD)	1.75	4.00	1.31	3.44	7.89	21.13	77.16	18.01	16.67
Welt (OECD)	2.14	8.99	18.90	6.24	15.36	28.52	92.21	39.26	23.95
Welt (UNCTAD)	0.83	3.07	6.02	1.94	4.59	8.16	25.08	10.20	6.07

Quellen: UNCTAD: World Investment Report 2002, Washington 2002 (1996-2001).

OECD, International Direct Investment Statistics Yearbook: 1980/2000-2001,

Paris, August 2002 (1988-1995); SourceOECD

Gesamteffekte

Die Gesamteffekte für die drei Länder sind in Tabelle 12 für die wichtigsten Makrovariablen zusammengestellt: Finnland weist die stärksten BIP-Effekte durch den EU-Beitritt auf, gefolgt von Österreich und Schweden. Die ex-post-Effekte sind sehr ähnlich jenen von Breuss (1999b, 2000a). Die hier ausgewiesenen durchschnittlichen Wachstumsrateneffekte sind nicht permanente, sondern nur temporäre (dies deckt sich mit den Ergebnissen von Badinger, 2001). Man sieht dies aus Abbildung 7. Nach den anfänglichen Mitnahmeeffekten durch Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 und den Konkurrenzeffekt des EWR im Jahr

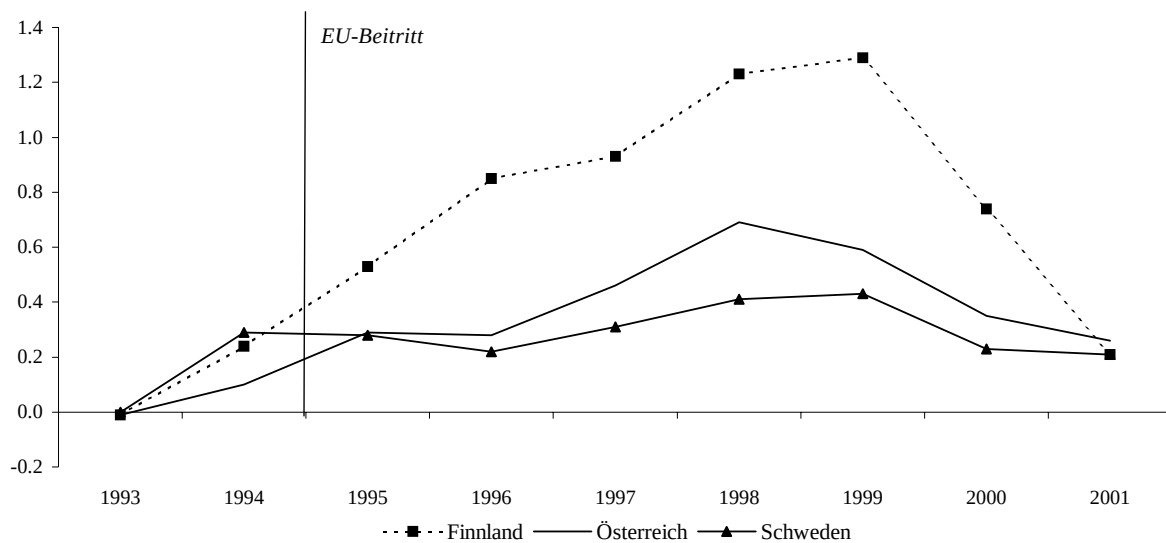
1994 kamen die eigentlichen EU-Beitrittseffekte zum Tragen. Allerdings klingen die nach fünf bis sechs Jahren wieder ab. Der EU-Beitritt führt also nicht zu einem „steady-state“ Wachstum des realen BIP mit anhaltend gleichen Raten. Es handelt sich lediglich um einen Niveaueffekt: das reale BIP der drei Neuen machte nach dem EU-Beitritt einen einmaligen Sprung nach oben. Seither wächst es mit normalen Raten weiter. Die wichtigsten Integrationseffekte auf das Wirtschaftswachstum gehen von den sogenannten „modernen“ Integrationseffekten (F&E- und FDI-Effekte) aus. Das Ausmaß der Effekte ist niemals exakt eruierbar, weil man niemals genau die Situation des Anti-mondes kennt, also die Entwicklung aller Variablen ohne Integration. Die Ergebnisse sind aber vor dem Hintergrund der ex-ante-Schätzungen nicht ganz unplausibel. Letztlich gibt es kein Modell, das alle theoretisch denkbaren Integrationseffekte einzufangen imstande ist, geschweige denn, dass dies ex post überhaupt jemals exakt zu ermitteln ist. Eine nicht modellmäßige Methode zur Ermittlung von Integrationseffekten würde darin bestehen, die Entwicklung der drei Neuen mit ausgewählten Referenzländern (solchen, die nicht der EU beigetreten sind) zu vergleichen. Teilweise wurde dies in den Anfangskapiteln mit den Vergleichen mit den USA und der Schweiz gemacht. Auch hier kann man nie die vollen Unterschiede zwischen den EU-ins und den EU-outs als Integrationseffekte identifizieren.

Tabelle 12: Integrationseffekte durch den EU-Beitritt: Finnland, Österreich und Schweden
(Integrationseffekte 1995-2001 in % pro Jahr)

	Finnland	Österreich	Schweden
BIP, real	0.83	0.42	0.30
Gesamte Faktorproduktivität (TFP)	0.26	0.24	0.20
Kapital	0.12	0.09	0.04
Beschäftigte	0.70	0.20	0.11
Arbeitslosenquote (%-Punkte)	-0.83	-0.14	-0.16
Inflationsrate (HVPI)	-0.32	-0.32	-0.52
Lohnstückkosten	-0.12	-0.27	-0.29
Exporte in die EU, real	1.91	1.33	0.79
Importe aus der EU, real	3.86	1.64	0.82
Persönlich verfügbares Einkommen, real	0.82	0.55	0.49
BIP, real pro Kopf	0.83	0.42	0.30
BIP, real pro Kopf inkl.	0.81	0.38	0.23
Nettozahlung an EU-Haushalt			

Quelle: Eigene Berechnungen mit dem Integrationsmodell im Anhang.

Abbildung 7: Integrationseffekte durch den EU-Beitritt: Finnland, Österreich und Schweden (Reales BIP; Wachstumsraten in % pro Jahr)



Quelle: Eigene Berechnungen mit dem Integrationsmodell im Anhang.

7. Ausblick auf die Zukunft

Die EU ist in mehrfacher Hinsicht im Umbruch begriffen. Zum einen wird die EU durch die Aufnahme von 10 neuen Mitgliedern auf 25 anwachsen und dadurch den inneren Zusammenhalt auf eine harte Probe stellen. Ob die im Nizza-Vertrag vorgesehene Neuorganisation der EU-Institutionen (Kommission, Rat, Europäisches Parlament) dafür ausreicht, bleibt abzuwarten. Die EU wird durch die Erweiterung um größtenteils arme Staaten im Durchschnitt wieder ärmer, gewinnt aber durch die Erweiterung nach Osteuropa einen enormen neuen Markt von emerging markets mit niedrigen Lohnkosten dazu. Berechnungen der Effekte der EU-Erweiterung (Breuss, 2001) bringen für Österreich die größten Wachstumschancen (kumuliert in 10 Jahren 1½%), vor Finnland (0.3%) und Schweden (0%). Ob die neuen Staaten die makroökonomische Stabilität gefährden oder sich rasch in das strenge wirtschaftspolitische Korsett der Eurozone einfügen können, ist offen (siehe Breuss, 2002b).

Seit dem Frühjahr 2002 tagt der Konvent über die Zukunft Europas, der bis Mitte 2003 einen Verfassungsvertrag für die EU vorlegen sollte, in dem sowohl die Charta der Grundrechte verankert sind, als auch die Politikbereich der EU mit möglichst genauer Kompetenzabgrenzung enthalten sein sollte. Die folgende Regierungskonferenz muss dann daraus einen neuen EU-Vertrag machen.

Anhang: Einheitliches Integrationsmodell für Finnland, Österreich und Schweden

1. Produktionsfunktion (Cobb-Douglas):

$$BIP = TFP K^{\alpha} L^{1-\alpha}$$

BIP = reales BIP; TFP = gesamte Faktorproduktivität (technischer Fortschritt); K = Kapitalstock, real; L = Beschäftigte; α = Faktoranteile am Volkseinkommen (Nettonationalprodukt)

2. Gesamte Faktorproduktivität (TFP)

$$\text{Log}(TFP) = f(\text{Log}(AP), \text{Log}(F \& E_i), m_i * \text{Log}(F \& E_{EU}), \text{Log}(TFP_{-1}))$$

F&E = Forschungs- und Entwicklungsausgaben in % des BIP; AP = Arbeitsproduktivität; m_i = Anteile der Importe des Landes i der EU an den Gesamtimporten; i = Länder: Finnland, Österreich und Schweden.

3. Inlandspreis (Deflator des privaten Konsums):

$$d\text{Log}(PK) = f(\mu * d\text{Log}(ULC), d\text{Log}(PM), d\text{Log}(PK_{-1}))$$

PK = Deflator des privaten Konsums; μ = markup = Preiskonkurrenzdummy; ULC = Lohnstückkosten (Lohnsumme/BIP, real); PM = Deflator der Importe.

4. Verbraucherpreise (harmonisierte):

$$d\text{Log}(HVPI) = f(d\text{Log}(PK))$$

HVPI = harmonisierter Verbraucherpreisindex.

5. BIP-Deflator

$$d\text{Log}(PBIP) = f(d\text{Log}(PK), d\text{Log}(PX), d\text{Log}(PM))$$

PBIP = Deflator des BIP; PX = Deflator der Exporte.

6. Pro-Kopf-Löhne (Phillips-Kurve)

$$d\text{Log}(LB) = f(d\text{Log}(HVPI), d\text{Log}(AP), (1/U), d\text{Log}(LB_{-1}))$$

LB = Löhne/Beschäftigte; U = Arbeitslosenquote

7. Kapitalnachfrage (privater Sektor)

$$d\text{Log}(K) = f(\text{Bud}, d\text{Log}(BIP), d\text{Log}(FDI), R, LB)$$

Bud = Budgetsaldo in % des BIP, FDI = Einstrom von FDI aus der EU in % des BIP, R = langfristiger nomineller Zinssatz.

8. Zinssatz, langfristig

$$R = f(BIPN), R_D, R_{-1})$$

R_D = Zinssatz in Deutschland.

9. Nachfrage nach Beschäftigten

$$d\text{Log}(L) = f(d\text{Log}(BIP), d\text{Log}(LB), d\text{Log}(L_{-1}))$$

10. Arbeitsproduktivität

$$AP = BIP / L$$

11. Lohnstückkosten (ULC)

$$ULC = LB / (BIP / L) = LB / BIP$$

12. Arbeitslosenquote (Okun-Beziehung)

$$U = f(d\text{Log}(BIP), U_{-1})$$

13. Exporte in die EU, real

$$d\text{Log}(X_{EU}) = f(d\text{Log}(BIP_{EU}), d\text{Log}(REER), PROT)$$

X_{EU} = reale Exporte in die EU; BIP_{EU} = reales BIP der EU; REER = realer effektiver Wechselkurs (relative Verbraucherpreise in einheitlicher Währung); PROT = Protektionismus-Dummy (Änderung des Zoll- u. Handelskostenabbaus)

14. Importe aus der EU, real

$$d\text{Log}(M_{EU}) = f(d\text{Log}(BIP), d\text{Log}(REER), PROT, d\text{Log}(M_{EU-1}))$$

M_{EU} = reale Importe aus der EU

15. Importanteil aus der EU

$$m_i = M_{EU} / M_W$$

M_W = reale Importe aus der Welt (Gesamtimporte)

16. Exporte in die Welt, real

$$d\text{Log}(X_W) = f(d\text{Log}(X_{EU}), d\text{Log}(X_{W-1}))$$

X_W = reale Exporte in die Welt (Gesamtexporte)

17. Importe aus der Welt, real

$$d\text{Log}(M_W) = f(d\text{Log}(M_{EU}), d\text{Log}(M_{W-1}))$$

18. Persönlich verfügbares Einkommen, nominell

$$YD = f(BIPN, YD_{-1})$$

YD = persönlich verfügbares Einkommen, nominell; BIPN = nominelles BIP.

19. Persönlich verfügbares Einkommen, real

$$YDR = YD / PK$$

YDR = persönlich verfügbares Einkommen, real

20. BIP, nominell

$$BIPN = BIP * PBIP$$

21. BIP, real (PPP) pro Kopf

$$BIP_{pc} = BIP / BEV$$

BIP_{pc} = reales BIP pro Kopf; BEV = Bevölkerung.

22. BIP, real (KKP) pro Kopf inkl. Netto-Zahlungen an EU

$$BIP_{pcEU} = (BIP + NZ) / BEV$$

BIP_{pcEU} = reales BIP pro Kopf zu KKP inkl. Nettozahlungen an die EU (=NZ)

Alle Gleichungen wurden mit dem EViews4.0-Programm OLS ökonometrisch geschätzt mit Jahresdaten (wenn verfügbar) von 1960-2001. Die dabei länderweise unterschiedlich notwendigen Dummy-Variablen für Sondereffekte wurden hier nicht ausgewiesen; $d\text{Log}$ = Wachstumsrate; es wurden Daten von vom OECD Economic Outlook verwendet (diverse Jahrgänge bzw. SourceOECD homepage).

Literatur:

- Alho, K., Erkkilä, M., Kotilainen, M. (Eds.), *The Economics and Policies of Integration - a Finnish Perspective..* ETLA A 22, 1996 (also Kluwer Dordrecht, 1996)
- Badinger, H., *Growth Effects of Economic Integration – The Case of EU Member States (1950-200)*, Forschungsinstitut für Europafragen, Working Paper, Nr. 40, December 2001.
- Badinger, H., Breuss, F., *Do small countries of a trade bloc gain more of its enlargement?*, Forschungsinstitut für Europafragen, Working Paper Nr. 46, October 2002.
- Baldwin, R.E., Venables, A.J., „Regional Economic Integration“, in: G. Grossman and K. Rogoff (Eds.), *Handbook of International Economics*, Vol. III, Amsterdam: Elsevier Science, B.V., 1995, S. 1597-1644.
- Breuss, F., „Die vierte EU-Erweiterung - um Österreich, Finnland und Schweden“, *WIFO-Monatsberichte* 2/1995, S. 105-125.
- Breuss, F., *Austria's Approach towards the European Union*, Forschungsinstitut für Europafragen and der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), IEF Working Paper, Nr. 18, Wien, April 1996.
- Breuss, F., „The Economic Consequences of a Large EMU – Results of Macroeconomic Model Simulations“, *European Integration online Papers (EIoP)* Vol. 1, No. 10, 1997 (<http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-010.htm>)
- Breuss, F., „Three Years in the EU: Expectations and Experiences in the Case of Austria“, P. Luif und K. Oberegelsbacher (Eds.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) und Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Wien, 1999a, S. 17-50.
- Breuss, F., „Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs“, *WIFO-Monatsberichte* 8/1999b, S. 551-575.
- Breuss, F., „An Evaluation of the Economic Effects of Austria's EU Membership“, *Austrian Economic Quarterly*, 4/2000a, pp. 171-196.
- Breuss, F., *Die Wirtschafts- und Währungsunion und ihre Folgen*, in: F. Breuss, G. Fink, St. Griller (Hrsg.), *Vom Schuman-Plan zum Vertrag von Amsterdam: Entstehung und Zukunft der EU*, Springer-Verlag, Wien-New York, 2000b, 273-309.
- Breuss, F., „Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder“, *WIFO-Monatsberichte* 11/2001, S. 655-666.
- Breuss, F., „Die wirtschaftspolitische Architektur in der WWU“, *WIFO-Monatsberichte* 9/2002a, S. 581-607.
- Breuss, F., „Benefits and Dangers of EU Enlargement“, *Empirica*, Vol. 29, No. 3, 2002b, S. 245-274.
- Breuss, F., Kratena, K., Schebeck, F., „Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren“, *WIFO-Monatsberichte*, Sonderheft, Mai 1994, S. S18-S33.
- Calmfors, L., Flam, H., Gottfries, N., Jerneck, M., Lindahl, R., Haaland Matlary, J., Nordh Berntsson, Ch., Rabinowicz, E. and Vredin, A., *EMU - A Swedish Perspective*, Kluwer Academic Publishers, Amsterdam 1997.
- Casella, A., „Large Countries, Small Countries and the Enlargement of Trade Blocs“, *European Economic Review*, Vol. 40, No. 2, February 1996, S. 389-415.
- Catinat, M., Donni, E., Italianer, A., *The completion of the internal market: results of macroeconomic model simulations*, *Economic Papers*, European Commission, No. 65, September 1988.
- Coe, D.T., Helpman, E., „International R&D spillovers“, *European Economic Review*, Vol. 39, No. 5, May 1995, S. 859-887.
- Dahl, L., „Effects of the Internal Market and EU Membership on Sweden“, in: P. Luif und K. Oberegelsbacher (Eds.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) und Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Wien, 1999, S. 51-76.

- EU, Euro 1999 – Bericht über den Konvergenzstand mit Empfehlungen für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, Europäische Kommission, 25. März 1998.
- EU, Fusionen und Übernahmen, Europäische Wirtschaft, Beiheft A: Wirtschaftsanalysen, Nr. 12 – Dezember 2001.
- EU, Internal Market Scoreboard: 10 Years Internal Market without Frontiers, Special Edition, European Commission, Brussels, Nr. 11, November 2002a.
- EU, Zweiter Benchmarkingbericht über die Vollendung des Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktes, Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Europäische Kommission, SEK(2002 1038, Brüssel, 1. Oktober 2002b.
- EU, Aufteilung der operativen EU-Ausgaben 2001 nach Mitgliedstaaten, Europäische Kommission, Brüssel, September 2002c.
- EU, Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit im Jahr 2001: Europäische Union und Beitrittsländer, Europäische Kommission und Eurostat, Themenkreis 5: Landwirtschaft und Fischerei, Ausgabe 2002d.
- EU, Autumn 2002 Economic Forecasts, European Economy, Brussels, No. 5/2002e.
- EU, Die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union: XXXI. Bericht über die Wettbewerbspolitik 2001, Europäische Kommission, Generaldirektion ,Wettbewerb, Brüssel, 2002f.
- EU, Eurobarometer 57 – Spring 2002, EU15 Report, European Commission, Brussels, 21 October 2002g
- EU, Mid-term Review of the Common Agricultural Policy, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, European Commission, Brussels, COM(2002) 394 final, 10 July 2002h.
- EWI, Konvergenzbericht nach Artikel 109j des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgeschriebener Bericht, Europäisches Währungsinstitut, Frankfurt, März 1998.
- Flam, H., „From EEA to EU: Economic consequences for the EFTA countries“, European Economic Review, Vol. 39, Nos. 3-4, April 1995, 457-466
- Frankel, J., Rose, A.K., „The endogeneity of optimum currency area criteria“, The Economic Journal, Vol. 108, No. 2, July 1998, S. 1009-1025.
- GATT, The Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations: Market Access for Goods and Services. Overview of the Results, Geneva, November 1994.
- Haaland, J.I., „Welfare Effects of 1992: A General Equilibrium Assessment for EC and EFTA Countries“, Empirica, Vol. 20, No. 2, 1993, S. 107-127.
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., „Austria in the European Union: dynamic gains from integration and distributional implications“, Economic Policy, No. 22, April 1996, 155-211.
- Kokko, A., „Sweden: Effects of EU Membership on Investment and Growth“, The World Economy, Vol. 17, No. 5, 1994, S. 667-677.
- Krugman, P.R., Geography and Trade, MIT Press, Cambridge, MA, 1991.
- Martin, St., „Competition Policy“, in: M. Artis, F. Nixon (Eds.), The Economics of the European Union: Policy and Analysis, Oxford University Press, Third Edition, Oxford-New York, 2001.
- Norman, V., „EFTA and the Internal European Market“, Economic Policy, Vol. 9, 1989, S. 423-465.
- Paparella, D., Internationale Standardisierung: Eine Analyse u.a. anhand der Entwicklungen in der EU, den USA und in der WTO, Dissertation an der WU-Wien, Wien, 23. Mai 2002.
- Persson, T., Currency Unions and Trade: How Large is the Treatment Effect?, Economic Policy, No. 33, October 2001, S. 435-448.
- Rose, A.K., „One Money, one Market: The Effect of Common Currencies on Trade“, Economic Policy, Nr. 30, April 2000, S. 8-43.

- Rose, A.K., „Currency Unions and Trade: the Effect is Large“, *Economic Policy*, No. 33, October 2001, S. 449-461.
- Sauter, W., „Competition Policy“, in: A.M. El-Agraa (Ed.), *The European Union: Economics & Policies*, Pearson Education Ltd., Financial Times, Prentice Hall, Sixth Edition, Harlow, 2001.
- Tarantola, S., Saisana, M., Saltelli, A., *Internal Market Index 2002: Technical details of the methodology*, Joint Research Centre European Kommission, Institute for the Protection and Security of the Citizen Technological and Economic Risk Management Unit, I-21020 Ispra (VA), Italy, November 2002.
- WEF, *Global Competitiveness Report 2002-2003*, World Economic Forum Geneva, 13. November 2002.
- Widgrén, M., „EU Membership's Consequences for the Finnish Economy: Estimates before Membership and First Experiences“, in: P. Luif und K. Oberegelsbacher (Eds.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) und Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Wien, 1999, S. 77-84.

© 2003 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (43 1) 798 26 01-0 • Fax (43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Die Working Papers geben nicht notwendigerweise die Meinung des WIFO wieder

Verkaufspreis: EUR 8,00 • Download kostenlos:

http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23786&pub_language=-1